

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementpreis** pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4627) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. zzgl. Postgebühren.

**Redaktion:** Lancher Str. 19/21.  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
**Sprechstunde:** 6—7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 5gespaltene Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer Freitag 9 Uhr. — Aufgebundene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Verlag und Expedition: Lancher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonntage und Feiertage geschlossen.

## Die Ministerkrise beendet.

\* Leipzig, 12. Februar.

Das Dresdener Journal bringt heute an der Spitze des Blattes diese Meldung:

Dresden, 10. Februar. Seine Majestät der König haben geruhen wollen, dem Staatsminister Werner von Bahdorf auf erneutes Ansuchen die Entlassung aus dem Staatsdienste unter Verleihung von Titel und Rang eines Staatsministers in Gnaden zu bewilligen.

Seine Majestät der König haben sich nicht wegen gefunden, den von den Staatsministern von Mehsch, v. d. Planitz, Dr. v. Seydewitz und Dr. Müger eingereichten Entlassungsgesuchen stattzugeben und haben bei Eröffnung dieser Allerhöchsten Entschliessung zugleich geruht, die Genannten der Fortdauer Allerhöchstdienstes vollen Vertrauens zu versichern.

Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Staats- und Justizminister Dr. Müger die Leitung des Finanzministeriums zu übertragen und denselben bis auf weiteres mit der Fortführung der Geschäfte des Justizministeriums zu beauftragen.

Die Krise hat also insofern den vorausgesehenen Verlauf genommen, als nur Herr v. Bahdorf geht, das übrige Ministerium aber bleibt. Eine Ueberraschung bietet die Lösung aber insofern, als zum Nachfolger von Bahdorfs der Justizminister Dr. Müger ernannt worden ist. Dr. Müger, damals Generallstaatsanwalt, wurde am 21. Juni vorigen Jahres an Stelle des verstorbenen Justizministers Dr. Schurig zu dessen Nachfolger ernannt. Vor seiner Ernennung zum Justizminister war er auch Bundesratsbevollmächtigter und erbrachte als solcher durch seine bekannte Meinerung im Reichstage bei Gelegenheit der Kritik des Vöbsters Urteils, daß die sozialdemokratische Kritik an dem Urteil den Verurteilten auch nicht eine Viertelstunde früher die Thore des Zuchthauses öffnen werde, den Beweis, daß er vielleicht noch besser als der verstorbene Justizminister geeignet war, diesen Posten neben Herrn v. Mehsch auszufüllen. Die Wahl des Justizministers war also auf die richtige Person gefallen. Um so mehr muß es daher überraschen, daß dem Justizminister das Finanzministerium übertragen worden ist. Jedenfalls hat bei dieser Wahl der Umstand den Ausschlag gegeben, daß Dr. Müger im Finanzfach keine unbekanntere Person ist. Dr. Müger, 1837 geboren, studierte die Rechte und wurde dann Rechtsanwalt, 1876 wurde er zum Gerichtsrat ernannt und bereits 1878 als Justizrat ins Justizministerium berufen. 1881 trat er aus dem Staatsdienste aus, um als zweiter Bürgermeister der Stadt Dresden ins Verwaltungsfach überzugehen. Hier blieb er aber nicht lange, da er im Stadtverordnetenkollegium einer unerbittlichen Opposition gegenüberstand, und kehrte dann in den Staatsdienst zurück, wo er in seinem eigentlichen Fach als Jurist eine schnelle Karriere bis zum Justizminister durchmachte. Wenn auch Dr. Müger als Bürgermeister von Dresden das Finanzwesen kennen gelernt hat, so kann er sich in diesem Fach doch kaum so auskennen wie im Justizwesen. Dr. Müger dürfte für seine Person keinen guten Tausch gemacht haben; als Justizminister war er sowohl der Mann der Regierung, wie der Kammerreaktion. Ob er aber als Finanzminister den Ansprüchen der Mehnertclique gewachsen sein wird, ist sehr die Frage.

Dem verabschiedeten Finanzminister hat der König seinen unfreiwilligen Abgang durch solches gnädige Handschreiben versüßt:

Mein lieber Minister von Bahdorf!  
Ihren Ansuchen entsprechend, habe ich durch Erlaß vom heutigen Tage Ihre Entlassung aus dem Staatsdienste bewilligt.

Indem ich aus diesem Anlasse Meinem Bedauern darüber Ausdruck gebe, daß ich in Zukunft Ihren bewährten Rat und Beistand werde entbehren müssen, spreche ich Ihnen zugleich für die Mir, Meinem Hause und dem Lande während Ihres langjährigen Wirkens geleisteten treuen Dienste Meinen Dank aus und verhoffe Sie der Fortdauer Meines Wohlwollens.

Ihr wohlgehoherter Albert.

Herr v. Bahdorf also geht. Die Konservativen werden nun, da sie ihren Zweck erreicht und die Entlassung des Mannes, dem sie die Schuld für die von ihnen seit Jahren verschuldete Mißwirtschaft im Finanzwesen aufgebürdet haben, erzwungen haben, trotzdem „die Wahl der Minister ein unbestreitbares Kronrecht“ ist, dem gefallenen Finanzminister noch allerlei Liebenswürdigkeiten sagen. Die Geschichte wird über den verabschiedeten Minister urteilen, daß er als ein Opfer einer Koterie gefallen ist und daß er nicht die Gabe besessen hat, den rechten Augenblick für seinen Rücktritt zu erkennen. Die Verantwortung für unsere ganze Finanzkalamität fällt in erster Linie auf den reaktionären Landtag, der die von ihm selbst geforderten Reformvorlagen stets zu Wasser machte. 1897/98 war der Finanzminister durch den Widerspruch der Kammer gezwungen, die Steuerreform zurückzuziehen. Wäre Herr v. Bahdorf damals zurückgetreten, so hätte er dem Landtage auch

äußerlich die Verantwortung für die zerfahrene Finanzlage aufgebürdet und die Mehnert und Genossen hätten heute keine Gelegenheit gehabt, Netter der Verfassung zu spielen. Die Kammern haben ja den Finanzminister nicht nur einmal im Stiche gelassen, als er ihnen Vorlagen unterbreitete, die sie selbst gefordert hatten. So war es auch vor zwei Jahren bei der Frage der Wohnungsgeldzuschüsse für die Beamten. Die Zweite Kammer hatte eine entsprechende Vorlage verlangt, und als der Finanzminister die Vorlage brachte, ließ ihn die Kammer aussitzen. So hätte Herr v. Bahdorf wiederholt Gelegenheit gehabt, einen ehrenden Abschied zu suchen und dadurch die Verantwortlichkeit dem Landtage aufzubürden. Er hat es, wie gesagt, nicht verstanden, den günstigen Augenblick zum Rücktritt wahrzunehmen, deshalb fällt er als der angeblich Schuldige, aber auch nicht ohne alle Schuld.

Herr Dr. Müger wird provisorisch „bis auf weiteres“ neben dem Finanzministerium auch das Justizministerium weiter verwalten. Daraus ist zu entnehmen, daß über kurz oder lang dem Justizminister Dr. Müger ein Nachfolger gegeben werden soll. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß dieses Provisorium abgeschafft worden ist, um das nachzuholen, was Herr v. Bahdorf nicht mehr thun konnte, nämlich dem Landtage die Verantwortung für ein eventuelles Scheitern der Finanzreform aufzubürden. Sollte es dem Finanzminister nicht gelingen, die Finanzreform zu verabschieden, dann könnte Dr. Müger von der Leitung des Finanzministeriums wieder zurücktreten und wieder das Justizministerium allein übernehmen. Die Konservativen jubeln heute, daß die Krisis eine Lösung in ihrem Sinne gefunden hat. Sollte die Uebertragung der Finanzverwaltung an den Leiter des Justizportefeuilles den Zweck haben, gewissermaßen die „Herren im Lande“, die Mehnert und Genossen einzuschüchtern, so hätten die Konservativen allerdings alle Ursache, auf der Hut zu sein und ihre Machtgelüste etwas einzudämmen.

Aber sei dem wie ihm wolle. Wir Sozialdemokraten befinden uns bei dem ganzen Streit zwischen den Regierung- und Kammerreaktionären in der Rolle des lachenden Dritten. Die kurzfristige Politik des Ministeriums Mehsch hat jede freie Regierung im Lande erstickt und die ganze politische Gewalt einer Clique in die Hände gespielt. Die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der geschaffenen Zustände, die das Ministerium Mehsch jetzt so empfindlich zu fühlen bekommen hat, dringt auch in bürgerlichen Kreisen immer mehr durch und den Erfolg davon wird die Sozialdemokratie haben. Die Lu-

## Senilleton.

Manuskript verboten.

## Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.

Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

„Man will jetzt gut gegen alle Menschen sein!“ Be-  
feuerte Thomsen — „Bom heutigen Tage an will man  
gut gegen alle Menschen auf der ganzen Erde sein!“  
„Ach Gott, lieber Manuel —“ die Thränen liefen  
der guten kleinen Frau an den Wangen herab.  
„Ja, man ist Dir ein schlechter Sohn gewesen —“  
„Nein — nein —“  
„Ein wahres Ungetüm von Sohn!“  
„Ach nein, nein —“  
„Und ein schlechter Mensch ist man gewesen! — —  
Man hat seine eigene Mutter bestohlen!“  
„Hast Du mir die Krone weggenommen?“ fragte  
Karen und riß die Augen weit auf.  
„Ja, aber jetzt soll alles wieder gut werden, Mutter  
Karen! Man will so gut, so gut gegen Dich sein! Man  
ist nur schlecht gewesen, weil es einem selber schlecht er-  
gangen ist. — — Man wußte ja nicht aus noch ein mit  
dieser Zukunftshoffnung — Aber jetzt sproßt die Hoff-  
nung, und da wird man gut — — Wir wollen in Herr-  
lichkeit und Freuden leben, Mutter Karen, und Du sollst  
schöne Kleider bekommen, viele schöne Kleider — — Und  
der Mühlenhof soll ausgebeßert werden und der Garten  
und der See und — — ach Gott, in Deinem hohen  
Himmelzelt, dir sei ewig Lob und Preis!“

Manuel schlang die Arme um seine Mutter und presste sie heftig an sich.

Da rief plötzlich eine Stimme aus dem Laden in  
durchaus nicht sanfterm Tonart:

„Madam Thomsen! Wo sind Sie nur einmal abge-  
blieben?“

Und mit einem

„Herr du meines Lebens, die hab ich ja ganz ver-  
gessen!“ riß die kleine Frau sich los und stürzte hinaus.

-----

Eine halbe Stunde später kam Emanuel von seiner  
Bodenkammer herunter. Er hatte seinen blauen Cheviot-  
anzug an und hielt seinen steifen Filzhut in der Hand.

Mutter Karen saß in ihrem Stuhl und nähete an den  
ewigen Taschentüchern. Und als sie den Sohn ansah,  
wollte es ihr scheinen, als sei er gewachsen.

„Du willst verreisen, Manuel?“ fragte sie schüchtern,  
denn das sonderbare Benehmen des Sohnes hatte sie  
ganz verwirrt.

„Ja, man will verreisen.“

„Ja, aber — das Bureau, Manuel?“

Er trat an sie heran und legte eine Hand auf ihre  
Schulter:

„Vom heutigen Tage an bläst man dem Bureau was,  
Mutter Karen!“

„Ja, aber — Manuel — — was — — ich verstehe  
nicht, was — — die Thränen flossen ihr von neuem an  
den Wangen herab.“

Thomsens rundes Gesicht strahlte.

„Wenn man zurückkommt,“ sagte er, „so wird man  
Dir alles mitteilen.“

Aber er konnte es doch nicht lassen, in triumphie-  
rendem Ton hinzuzufügen:

„Jetzt kann man, wann es einem beliebt, Hofbesitzer  
werden.“

Und plötzlich streckte er in ausgelassener Lustigkeit  
einen Finger nach Karens Gasse aus.

„Stillefillekille, verwitwete Frau Thumelumsen!“  
sagte er. „Man kommt mit dem Siebenuhrzuge nach  
Hause. Wollen Sie zu der Zeit den Thee servieren!“

Und dann überwältigte ihn die Freude völlig. Er  
schlang die Arme um den Hals der Mutter, drückte sie  
abermals an sich und sagte mit einer vor Freude bebenden  
Stimme:

„Man hätte fast Lust, den Trommelschläger Halber-  
stadt zu mieten, liebe Mutter Karen, und es der ganzen  
Stadt verkündigen zu lassen!“

-----

Oberlehrer Clausen schämte sich; er schämte sich und  
hatte Gewissensbisse. Seit jenem etwas zügellosen Abend  
im Verein der Freßfäcke schlich er scheu durch die Straßen,  
wenn er seinen Spaziergang machte. Und er atmete erst  
wieder normaler auf, wenn er glücklich zum Stadthor  
hinaus war und die öden Wege zwischen den grauen  
herbstlich-melancholischen Feldern entlang wanderte.

Es war ein ernster Mann und ein Mann von Selbst-  
sucht. Und deswegen tabelte er sich selber jedesmal hart,  
wenn die Erinnerung an diesen Abend mit ihrer greinen-  
den Satyrnfrage hervorlachte. Er begriff nicht, wie er  
so die Herrschaft über sich verlieren konnte! Es war ihm  
schon ein paar mal bei diesen Zusammenkünften im Klub  
passiert, und jedesmal hatte er sich wochenlang hintereher  
so elend und schuldbelesen gefühlt, daß er fast wünschte,  
er wäre ein Maulwurf, um seine Schande fünf Fuß tief  
unter der Erde verbergen zu können.

Er drückte sich blitzschnell in eine Seitengasse, sobald

zufriedenheit mit dem herrschenden reaktionären System wird um sich greifen und amwachsen und endlich das ganze reaktionäre Gebäude unterminieren, bis es zusammenbricht. Der Sozialdemokratie haben die Reaktionen wieder einmal einen unbegreiflichen Dienst erwiesen, sie haben dem Lande die Augen geöffnet darüber, wohin die Rechner und Genossen den Staatscharren fahren wollen und fahren werden, wenn ihnen nicht Einhalt geboten wird. Die ganze Affaire hat aber auch wieder gezeigt, daß einzig und allein die durch das Klassenwahlrecht entrechtete Sozialdemokratie in der Lage ist, die Ordnung aufrecht zu erhalten, die die Reaktionen im Landtage durch ihre jahrelange Wirtshaft in eine heillose Verwirrung gebracht haben.

### Politische Hebersicht.

#### Agrarische Cirruszüge.

Der Cirruszettel der Herren von Ar und Palm hat sich verlaufen und tags darauf haben die Mitglieder der Zolltarif-Kommission die praktische Arbeit wieder aufgenommen. Das Doppelspiel entfaltet sich nun nach der anderen Seite. Am Montag hat man den Zolltarif für nicht annehmbar erklärt, am Dienstag giebt man den Antrag auf, die dreimonatlichen Zollkredite zu beschränken, am Mittwoch sorgt man dafür, daß der Regierungsantrag die nötige Stimmenzahl erhalte, am Donnerstag revidiert man die für die Regierung unannehmbaren Beschlüsse über die Ursprungserzeugnisse, am Freitag möchte man die Vorlage schon im Reichstag erledigen und am Sonnabend schon die Vorteile des Zollwuchers genießen. Am Sonntag aber geht die Hebe los gegen die Regierung und die Parteien, die diesen elenden, erbärmlichen, unzureichenden Entwurf zum Gesetze gemacht haben. So sieht in agrarischen Kreisen der Wochenkalender aus.

Die freisinnige Zeitung und andere Blätter erklären heute, der Spektakel vom Cirrus Busch sei gänzlich bedeutungslos. Mit Verlaub: daß er für die Entschleunigung der Mehrheit keine oder geringe Bedeutung besitzt, darüber soll nicht gestritten werden. Desto bedeutungsvoller ist der Spektakel vom Cirrus Busch für die Opposition.

Einen Zolltarif, wie ihn die Agrarier wollen, ist die Regierung zu bewilligen außer Stande. Von dem aber, was die Regierung zu geben willens ist, hat gestern ein maßgebender Wortführer der Agrarier gesagt, daß es zur Verproletarisierung der Massen führen würde.

Daraus ergibt sich mit zwingender Gewalt, daß für die Gesetzgebung des Regierungsentwurfes ebenso gut wie für die Gesetzgebung der noch weiter gehenden junkerlichen Wünsche jede politische Möglichkeit fehlt. Die Taktik der Bündler hat schon verschiedenes zuwege gebracht, und es ist auch nicht unmöglich, daß die Mehrheitsparteien bereit sind, den vollen Wagen in die Scheune der Junker zu führen, um sich nachher als Mörder der Landwirtschaft beschimpfen zu lassen. Aber Aufgabe der Opposition wird es sein, die Albernheit, Lächerlichkeit und Verlogenheit dieser erbärmlichen Komödie rückhaltlos aufzudecken. Es wird ohnehin dafür gesorgt werden, daß sich die Herren, die sich durchaus blamieren wollen, umsonst blamieren.

### Deutsches Reich.

#### Parlamentarische Briefe.

#### Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 11. Februar. Es ist etwas faul — nicht nur im Staate Dänemark, auch in der Justizpflege des neuen deutschen Reiches; das bringt man dem Staatssekretär Dr. Nieberding zum Bewußtsein. Noch immer muß er auf die Bewilligung seines Gehalts warten; mit der ewig gleichgestellten Meise des trockenen Bureaukraten sitzt er auf seinem Bundesratsplatz, hört die gegen ihn gerichteten Anklagen an und antwortet ab und zu in seiner leblosen, formalistischen Paragraphen-Manier.

Heute beklagte sich als erster Redner der Bamberger Rechtsanwältin Bayer, ein Herr vom Centrum, über die Minderdrückrolle, die der Rechtsanwaltschaft besonders in der bayerischen Justiz spielen müsse. Er regte eine Reichsbefehle für die geplante Unterstützungskasse des deutschen Anwaltsvereins an.

Sein Kollege im Anwaltsstande, der freisinnige Rechtsanwalt Coburg, hielt eine solche Befehle für wenig angemessen. Herr Reich sagte allerlei Nüchliches, kam aber mit seinen Forderungen etwas hinterhergehint. Ueber Klassenjustiz, Zeugniszwang, be-

dingte Verurteilung, die Entschädigung unschuldig Verhafteter hatten andere schon wirksamer und intelligenter gesprochen als er. Zum Schluß geriet er, lebhaft gestikulierend, in ein etwas komisch wirkendes Pathos und forderte bessere Behandlung für Reichstagsanträge im Bundesrat.

Seinen Forderungen gegenüber stellte sich Herr Dr. Nieberding auf den merkwürdig konstitutionellen Standpunkt, die Regierung müsse zu allen Fragen, über die Initiativanträge des Reichstags vorlägen, erst die Beschlüßfassung des Reichstags darüber abwarten, ehe sie etwas thun könne. Wenn das Reichsjustizamt die bereits erledigten Reichstagsanträge mit gleicher zärtlicher Rücksicht behandelte, möchte diese Nieberding'sche Entdeckung leidlich scheinen; so aber wirkt sie nur grotesk.

Der Kasseler Trebertrocknungsprozeß gab mehreren Rednern, den Centrumsabgeordneten Dr. Spahn und Dasbach, sowie dem Reichsparteiler Gamp, Anlaß zu der Forderung einer Veränderung des Aktiengesetzes. Man verlangte schärfere Kontrolle der Durchführung der Aktiengesellschaften, Garantien für die Aktionäre und Vorgehen gegen den Aufsichtsrats-Mißbrauch. Der Hospitant der Konservativen, v. Malzan, möchte reichsgesetzliche Bestimmungen für den Automobilverkehr. Herr Nieberding meinte, daß bei Sache der Landespolizeibehörden; erst solle einmal Preußen vorgehen.

Als dritter Rechtsanwalt in der heutigen Debatte ergriff unser Genosse Dr. Herzfeld das Wort. Er charakterisierte die sozialpolitische Unfruchtbarkeit des Reichsjustizamtes, das sich für alle Wünsche des Proletariats „unzuständig“ erkläre. Erst die Sozialdemokratie wird, zur politischen Macht gelangt, ein Strafvollzugsreformgesetz erzwängen können. Zu dem bekannten preussischen Ministerialerlaß über die Anwendung des Expressionsparagrafen gegen Arbeitergewerkschaften lieferte unser Genosse eine sehr interessante Ergänzung; in einem Nachsatz zu dem bereits bekannt gewordenen Text des Erlasses soll nämlich den Staatsanwaltschaften ausdrücklich zur Pflicht gemacht sein, ein entsprechendes Verfahren gegen Arbeitgebervereinigungen, Kartelle und Trusts u. nicht einzuleiten. Eindrucksvoll erhob Dr. Herzfeld Widerspruch gegen eine Verschärfung der Verleumdungstrafen. Es klang wie ein Märchen, als er die englischen Strafgesetze über Verleumdungen verlas. Das sind Bestimmungen für freie, vernünftige Männer, das ist das Recht der „Gentlemen“ ohne Unterschied der sozialen Stellung! Wie läßlich steht Deutschland daneben da mit seinen 55000 Verleumdungsklagen jährlich! Auch zum Leipziger Fall Tolstoi und zum Zwickauer Urteil brachte Herzfeld noch zum Teil neue Einzelheiten vor. Zum Schluß argumentierte er in überzeugender Weise für eine Herabsetzung der Strafziffer.

Nach unserem Genossen kam der Ober-Agrarier und Wald-Vyriler Dr. Dertel zu Wort. In seiner Rede schienen sich moralische Hochgefühle und Fastnachtstimmungen zu vereinigen. Es ist immer eigentümlich, diesen wohlbeleibten Redakteur der Großgrundbesitzer für die christliche Moral eine Lanze brechen zu sehen. Die Beschlagnahme der Tolstoi'schen Schrift geht aber selbst Herrn Dr. Dertel gegen den Strich. In Goethe sieht er ein Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie! Auch einige liberale Anwandlungen gab es in seiner aus vielen Elementen zusammengebrachten Rede; leider sprach er aber gerade in diesen freundlicheren Partien nur für seine Person, nicht für die gesamte Partei der Konservativen. Der Zeugniszwang gegen Redakteure erscheint auch ihm als etwas Unvornehmtes. Von der ritterlichen Duellherlichkeit will er sich nur sehr ungern etwas nehmen lassen. Impassant wurde die Dertel'sche Rede in ihrem letzten Teil, da er seinem Lieblings Thema frönte: der Wiedereinführung der Prügelstrafe. Wie hier ein deutscher Dichter schwelgte in Knutenphantasien, das war ein allerhöchste Kulturbild aus dem „modernen“ Deutschland!

Der schärfste Geheimrat Böhrner suchte wieder seine Landesjustiz in Schutz zu nehmen. Es kam wenig genug dabei heraus. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

#### Kriegsgerichtliches aus China.

Fünf Chinakrieger hatten sich am Montag vor dem Oberkriegsgericht des Gardecorps in Berlin zu verantworten. Alle fünf gehörten der 8. Compagnie des 2. Ostasiatischen Infanterieregiments an. Sie waren in China vom Kriegsgericht in Tientsin zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt worden, der Gefreite Jaquet wegen militärischen Aufruhrs und thätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten zu 10 Jahren 10 Monaten Gefängnis, der Musikier Limberg wegen der gleichen Vergehen zu 12 Jahren Gefängnis, Musikier Behrens wegen Diebstahls und Aufruhrs zu 10 Jahren 14 Tagen Gefängnis, der Musikier Kaufmann wegen Verleumdung zu 2 Monaten Gefängnis und Musikier Heinge wegen Beihilfe zum Diebstahl

zu 14 Tagen Mittelarrest. Der Gerichtsherr hat dieses Urteil nicht bestätigt.

Vor dem Oberkriegsgericht wurde am Montag durch eine Anzahl von Zeugen festgestellt, daß, nachdem am 27. Juli in Befehl bei erheblicher Hitze seitens der 8. Compagnie Parade-marsch geübt worden war, der Musikier Behrens als Ordnungsmann im Unteroffizierskasino seinen Kameraden drei Kochgeschirre voll Rotwein, die er dem Compagnieweinloshaus entnommen hatte, brachte. Unter der Wirkung des Weines begannen die Soldaten zu singen und zu lachen. Als schließlich eine Parade-marschparodie inszeniert werden sollte, wurde dem Stubenältesten die Sache zu arg; Wenn sie Lärm machen wollten, sollten sie sich auf den Hof begeben. Die Mehrzahl stürzte darauf auf dem Hof „Parademarsch“ und hielt „Kriik“ ab, wobei die Kochgeschirre mit Rotwein eifrig kreisten. Ein Unteroffizier, der die einzelnen Personen nicht erkennen konnte, forderte wiederholt zur Ruhe auf. Die Uebermütigen riefen dem Vorgesetzten spöttisch zu, er möge herunterkommen. Als er aus der Dunkelheit hervortrat, wurde er mit rohen Eiern bombardiert. Als er nunmehr auf die Mißthäter zu lief, erwischte er einen, der ihn an die Kehle packte, ihm aber dann entließ. Auf Grund der fünfjährigen Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht nahm der öffentliche Ankläger an, daß der Beweis für die Thäterschaft der Angeklagten nicht zu führen sei. Der Gerichtshof verurteilte die Musikiere Jaquet und Limberg wegen Verleumdung in zwei Fällen zu je 3 Monaten 15 Tagen, den Angeklagten Kaufmann in einem Falle zu 2 Monaten Gefängnis. Die Strafen wurden alle verbüßt angesehen. Zu allen anderen Punkten wurden die Angeklagten freigesprochen. Der Mundraub wurde als verjährt betrachtet.

Mehr als dreiunddreißig Jahre Gefängnis sind vom Oberkriegsgericht zu im ganzen neun Monaten umgewandelt worden. Für einen im Rausch und Uebermut verübten, harmlos gemeinten, wenn auch vom militärischen Standpunkte nicht einwandfreien Scherz sollte das Leben von drei jungen Leuten mit 10 und 12jährigen Gefängnisstrafen belastet werden. Das Blut erstarbt bei dem Gedanken, daß nicht alle ähnlichen Sünden ein Oberkriegsgericht finden mögen.

\* Berlin, 12. Januar. Ueber die Verlängerung der deutschen Handelsverträge mit Oesterreich und Italien auf ein Jahr ist, wie dem Berliner Tageblatt aus Wien gemeldet wird, bereits ein Abkommen getroffen. Die Wiener Nachricht lautet: „Die Anregung, die Verträge nicht zu kündigen, erfolgte seitens Deutschlands, und die beiderseitigen Regierungen Oesterreichs - Ungarns stimmten dieser Anregung zu. Man schließt hier daraus, Deutschland rechnet schon damit, daß es mit seinem Zolltarif bis 1903 nicht fertig werden könnte.“ Dagegen meldet Wolffs Bureau: „Die aus Wien verbreitete Meldung, wonach die Handelsverträge Oesterreich-Ungarns mit Deutschland und Italien auf ein Jahr verlängert sein sollen, ist, soweit Deutschland in Frage kommt, unbegründet. Ebenso wenig trifft die Behauptung zu, daß eine Anregung, die Verträge nicht zu kündigen, seitens Deutschlands erfolgt sei.“

Zu absehbarer Zeit wird dem Reichstag ein Gesetzentwurf, betreffend die kaufmännischen Schiedsgerichte, zugehen. Nach der Nationalliberalen Korrespondenz sind in dieser Frage neuerdings auch Gutachten aus Kreisen praktischer Juristen eingeleitet worden.

Laut den Berliner Politischen Nachrichten soll eine Erklärung der Regierung bezüglich des deutschen Ehrenhilfsbundes heute im Abgeordnetenhaus bei der Beratung des Etats des Auswärtigen abgegeben werden.

Ueber den famosen Fehlerprozeß gegen den Vorwärts weiß eine Korrespondenz schreckliche geheimnisvolle Dinge zu erzählen. Es handelte sich nicht um die Abschristnahme des Geheimvertrages, sondern um die Entwendung eines metallographierten Abzuges desselben. Es liege also der Diebstahl einer körperlichen Sache vor, der nach Obshausens Kommentar zum Strafgesetzbuch für die Feststellung der Fehleri notwendig ist. Der Nichtmitabruck des zweiten Teiles des gestohlenen Erlasses habe den Vorwärts vor der Verfolgung wegen Landesverrats „gerettet“.

Wilhelm II. und die öffentliche Meinung. Die Frankfurter Zeitung erzählt: Am 27. Juli hatte der Kaiser in Bremerhaven seine Hummerrede gehalten (Parodon wird nicht gegeben), die allenthalben so großes Aufsehen erregte. In den Tagen, die ihr folgten und die an Beirathungen über diese Rede reich waren, hatte der Kaiser Herru Hofrat Ludwig Warnay in Wiesbaden seine mit einer eigenhändigen Widmung

er einen der „Brüder“ am Horizont auftauchen sah. Und namentlich ging er ja der „leidhaftigen Bosheit“ ängstlich aus dem Wege. Und er machte einen Umweg um das Zollgebäude und dessen Umgebungen, wie eine alternde Stiifsbame einen Dorfstrug oder eine Herrenbadeanstalt sorglich meidet.

Aber seine Morgen- und Abendspaziergänge konnte er nicht entbehren; sonst würde ihm das Dasein zwecklos erschienen sein.

#### In der Breddrostraße war großer Auflauf.

Die Blumenkohl-Marie, die Gemüsehändlerin, stand mitten in einem Haufen Menschen draußen auf der Straße vor ihrem Kellerhals. Sie schalt und schimpfte und schrie und erhob ihre geballte, rot-schwarze Faust drohend gen Himmel. Im Mittelpunkt des Haufens sah man ein gelbes spanisches Rohr sich heben und senken. Und ein Hund heulte dort aus Leibeskraften.

Oberlehrer Clausen kam um die Ecke aus der Wallgasse. Der Menschenhaufen versperrte die ganze schmale Straße und hinderte ihn am Weitergehen.

„Was giebt es hier?“ fragte er und bohrte sich durch. „Er schlägt meinen Hund tot!“ heulte Marie — „er prügelt ihn das Leben aus dem Leibe! Walbine! Walbine! Mein Hund, mein Hund! Da hat er ihn gerade auf den Kopf getroffen!“

Die Schläge fielen langsam und taffest, und der Hund schrie jedesmal, wenn er getroffen wurde, lauter. „Walbine! Walbine!“ quetschte die Blumenkohl-Marie — „Reißt ihm den Hund doch weg!“

„Er hat ihn ja gebissen!“ sagte ein alter Maurergefell in blauer Bluse und weicker Mübe. — „Ihm geschieht ganz recht!“

„Western erst hat er nach mir geschnappt!“ nickte eine dicke Frau, die einen Milchimer in der Hand trug.

„Und die Kinder rennt er um!“ nickte eine Mutter.

„Schlag ihn nur flach!“ forderte ein Lehrling auf —

„So ein Scheißköter!“

Clausen war in den Haufen hineingedrungen und erblickte jetzt einen kleinen, breitschultrigen Mann, der da stand und einen rotbraunen Kubel mit der einen Hand im Genick festhielt, während er mit der andern ein dickes, gelbes spanisches Rohr auf seinem Rücken tanzen ließ.

„Mensch!“ sagte der Oberlehrer und packte den Mann beim Arm.

Der Mensch wandte das Gesicht nach ihm herum. Es war der Zöllner Knapsted.

„Du bist es!“ sagte der Oberlehrer ganz entsetzt —

„Was, um Himmels willen, machst Du denn da?“

„Wierzehn!“ zählte Knapsted, ohne sich hören zu lassen —

„Guten Tag, Clausen! Ich treibe einen Teufel aus!“ zünzeln!

Jedesmal, wenn er eine Zahl nannte, fiel der Stock.

„Du schlägst das Tier ja zu nicht“, Knapsted!“

„Gott bewahre! Sechzehn!“

„Der Hund soll haben, was ihm zukommt!“ grinste der Maurergefell, „Nur immer drauf los, Herr Kontrolleur!“

„Siebenzehn!“ sagte Frau und schlug „drauf los“!

Das Tier heulte und fletschte die Zähne.

„Puli-zei!“ freitschte die Grünmadam plötzlich.

„Puli-zei! Walbine, Walbine!“

„So halt' doch auf, Knapsted!“

„Ja, wenn ich fertig bin!“ — „Achtzehn!“

„Wieviele soll er denn haben?“

„Zweiundzwanzig — neunzehn —“

„Hurra!“ schrie der Lehrling. „Das rothhaarige Wildschwein!“

Die Blumenkohl-Marie langte mit der Faust nach ihm aus. Er aber entschlipfte ihr.

„Gieb mir 'ne gelbe Rübe!“ sagte er.

„Zwanzig!“ zählte der Kontrolleur — „Einundzwanzig!“ — — Zweiundzwanzig!“ — fertig —“

Und er hob den Hund in die Höhe und warf ihn der Grünmadam hin.

„Hurra!“ brüllte die Menge — „Lange lebe die Blumenkohl-Marie und ihre Pellkartoffeln!“

„Komm jeht, Clausen. Wir wollen gehen!“

„Ja,“ sagte Clausen.

Und sie bohten sich heraus und gingen.

Als sie um die Ecke gebogen und in die Südstraße gekommen waren, streckte Frau die Arme in die Luft und sagte:

„Ruh! Das schafft Luft!“

„Was hat Dir der Hund eigentlich gethan?“

„Gethan hatte er mir eigentlich nichts.“

„Hat er Dich gebissen?“

„Nein!“

„Ja — aber —“

„Ach, ich hatte das Bedürfnis, mich zu rühren. Und dann hat er so eine niederträchtige Physiognomie!“

„Ja, das ist aber doch —“

„Hast Du etwa nicht zuweilen Lust, auf irgend etwas loszudreschen?“

„Nein, niemals!“ sagte der Oberlehrer sehr bestimmt.

„Es muß wohl etwas lebendiges sein. Wie?“

„Nein, niemals!“ wiederholte Clausen —

„Niemand!“

(Fortsetzung folgt.)

verschiedene Photographie übersendet. Und auf diesem Bild war zu lesen:

Ich schau herab von meinem Tier  
Auf das Gehudel unter mir!

Zur Kaiser und Könige wie für andere Politiker bleibt das „Gehudel“ unter ihnen sonst freilich nicht immer gleichgültig. Die Budgetkommission des Reichstags bewilligte für die Beseitigung des deutschen Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesverteidigung auslandlos die gesamte Anforderung von 10039100 Mk. Dann wurde die durch den Schluss der letzten Sitzung unterbrochene Diskussion über die Forderung von 10 Millionen Mark für weitere Beschaffungen zu Zwecken der Infanterie fortgesetzt.

Kriegsminister v. Götter erklärte, er lege auf Nichters Urteil besonderen Wert und appelliere deshalb an seine reiche Erfahrung auf dem Gebiete des Budgets, ob es zweckmäßig sei, solche große Forderungen, wie sie die Erneuerung der Infanterie bedinge, alljährlich zu beziffern. Diese Frage sei vor zwei Jahren in der Budgetkommission eingehend behandelt und unter Zustimmung aller Parteien, auch der Sozialdemokraten, dahin entschieden worden, daß für diese Zwecke im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft alljährlich wiederkehrende Pauschquanten von je 10 Millionen Mark in den Etat einzustellen. Das sei um so notwendiger, als der Heeresverwaltung jeglicher Erneuerungsfonds fehle, und deshalb die Verwaltung eine schwächende werde, wenn das Pauschquantum nach Belieben des Reichstags geändert werde.

Abg. Richter (freis. Wp.) betont, selbst wenn ein fester Gesamtanschlag vorliege, ergebe sich noch nicht die Notwendigkeit, sich an feste Zahresraten zu binden. Er halte Götters System der Auffrischung sonst für richtig; es schließe aber durchaus nicht eine billige Berücksichtigung der Finanzlage aus, und diese sei eine derartige, daß schon um die höchst bedenkliche Zuschuhanteile herabzumindern, sich eine Kürzung des geforderten Pauschalbetrages empfehle.

General v. Einem macht vertrauliche Mitteilungen. Geheimrat Tzschakowsky ergeht sich in weitläufigen Erörterungen, um darzutun, daß die Finanzlage auf längere Dauer eine sehr ungünstige sein werde. Er weist in dieser Hinsicht auf die aus der Militärvorsions-, Kriegsinvaliden- und Veteranenverpflegungsgesetzgebung zu erwartenden Mehrbelastungen der Reichsfinanzen hin. Der springende Punkt in den Etatsverhandlungen sei die Zuschuhanteile. Doch eine solche weder der Reichsregierung noch der Volksvertretung willkommen sein könne, sei anzuerkennen. Die Zuschuhanteile lasse sich aber endlich so umgrenzen, daß sie aufhöre, bedenklich zu erscheinen. Es empfinde sich, zuerst die Zuschuhanteile zu diskutieren und dann etwaige Etatsabstriche darauf zu basieren. In jedem Falle müsse er dringend davor warnen, Verschiebungen im Etat vorzunehmen, die keine dauernden Ersparnisse erbringen.

Vorsitzender Graf Stolberg erklärt, es sei unmöglich, über das Bedürfnis einer Zuschuhanteile zu verhandeln, ehe der Deckungsbedarf festgestellt sei. Erst müßten die einzelnen Etats ersichtlich sein, dann könne über die Zuschuhanteile beraten werden. Zur Sache befürchtet er, daß eine Ersparnis des Waffennaterials eine Vergewandung von Menschenmaterial im Gefolge haben werde. Nach einer längeren Debatte zwischen dem sächsischen Militärvertreter einerseits und den Abgg. Gröber und Wachem (Centr.) andererseits, sprechen sich die Abgg. Dr. Hassé (nat.-lib.) und Waldow (Konf.) für Bewilligung der vollen Forderung aus, während Abg. Gröber (Centr.) beantragt, dem Dispositiv des Titel 127 folgenden Wortlaut zu geben: „Weitere Beschaffungen für Zwecke der Infanterie (Belagerungs- und Küstentartillerie, sowie schwere Artillerie des Feldheeres)“ und so die Verwendung des geforderten Betrages scharf zu umgrenzen, diesen Betrag selbst aber auf 8 Millionen herabzumindern.

Kriegsminister v. Götter erklärt, er brauche zwar volle 10 Millionen, könne aber unter 8 Millionen nicht wirtschaften. (Heiterkeit.)

Aus dieser Erklärung folgert Abg. Gröber, daß die Heeresverwaltung mit 8 Millionen auskommen könne. Die Forderung von 10 Millionen wird mit 16 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Gröber auf Bewilligung von 8 Millionen mit allen gegen die 4 Stimmen der Sozialdemokraten wird angenommen.

Die Kommission tritt hierauf in die Beratung der Forderungen für den Festungsbaufonds ein, über welche verhandelt wird.

Nächste Sitzung: Mittwoch 10 Uhr. Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

**Der erste Stand und die Beherrschung der Professoren.**  
In München trug sich dieser Tage der folgende Fall zu: Der Universitätsprofessor Dr. Rante behandelte in seiner Vorlesung den Unterschied zwischen Mensch und Affe, wobei er in humorvoller Weise auch auf die geschätzten Damen und Offiziere zu sprechen kam, die in manchmal übertriebener Weise den Unterschied, der auch in Bezug auf Taille zwischen Mensch und Affe bestehe, markierten. Dieser harmlose Scherz veranlaßte einen der Hörer, den Prinzen Georg von Bayern, nach der Vorlesung an den Professor die Frage zu richten, ob er auf seine, des Prinzen, Eigenschaft als Offizier Bedacht genommen habe, und ob er nicht glaube, daß die Bemerkung eine Kränkung des Offizierstandes involvieren könne. Der Gelehrte verneinte dies, erklärte sich aber bereit, einige Worte in diesem Sinne seinen Ausführungen folgen zu lassen, worauf er hervorhob, daß ihm jede Verleumdung des Offizierstandes natürlich fern gelegen habe.

Es ist im höchsten Grade zu bedauern, daß der Professor vor seinem prinzipialen Hörer so bereitwillig Kotau gemacht hat. Er hätte entschieden besser gethan, wenn er seinen Schüler in nicht mißzuverstehenden Worten auf die Ungehörigkeit seines Vorgehens aufmerksam gemacht hätte. Aber freilich, so ein ermer deutscher Universitätsprofessor hat viel Mühe, sich rechtzaphen durchs Leben durchzuschlingeln.

**Für die Reichstagswahlwahl in Rastenburg-Gerdanen**  
an Stelle des verstorbenen Abg. Graf Rinowström ist Gutsbesitzer Dufsch-Jabonsfelde als Kandidat der Freiwilrigen Volkspartei in Aussicht genommen.

Die Duellgeschichte von Neu-Ulm bildet ein Gegenstück zur Duellaffäre Bennigsen-Falkenhagen, die am 17. d. Mts. ihr gerichtliches Nachspiel finden soll. Der preussische Artillerie-Oberleutnant Ahlers ist nach Mey veretzt worden und hat zwei Wochen nach einer passenden Wohnung gehalten. Während seiner Abwesenheit näherte sich der bayerische Lieutenant Cigel vom 12. Infanterie-Regiment der Frau des Oberleutnants in einer Weise, daß sich der Oberleutnant nach seiner Rückkehr veranlaßt sah, dem Lieutenant eine Forderung zugehen zu lassen, die nach der Augsburger Abendzeitung auch vom Ehrentat an-

kannt wurde. Das Ende vom Liede war, daß der beleidigte Oberleutnant einen Schuß in die Brust erhielt.

Also wieder ist es der Beleidigte, der dem Duellmorde zum Opfer fiel.

**Eine Landtagswahlwahl** hat demnächst in Württemberg stattzufinden, in der unsere Partei einige Aussichten auf Erfolg hat. In dem vor den Thoren Stuttgart liegenden Wahlbezirk Leonberg ist der bisherige Vertreter Wiblinger, National-liberaler und Bauernbündler in einer Person, gestorben. Die Ersatzwahl ist auf Mittwoch den 12. März ausgeschrieben. Bauernbund, Volkspartei und Sozialdemokratie haben ihre Kandidaten bereits ernannt; von der Deutschen Partei soll die Aufstellung eines solchen noch nachfolgen, da der bündlerische Kandidat Zimmendorfer den National-liberalen auf die Anfrage, welcher Fraktion er im Falle seiner Wahl beitreten werde, eine offene Abgabe zu teil werden ließ. Der Zwist zwischen Bauernbündler und National-liberalen verbessert die Chancen der Sozialdemokratie außerordentlich.

**gh. Wreschener Nachlässe.** Die Erregung der Bevölkerung in Wreschen hält noch immer an. Die polnischen Kinder antworten während des Religionsunterrichts konsequent nicht auf alle an sie gerichteten Fragen. Man straft sie dafür mit Nachsätzen. In der Religionsstunde wird nicht mehr geprügelt. Um so mehr in den anderen Fächern. Die Eltern der „tropigen“ Kinder sollen jetzt auch bestraft werden. Wie berichtet wird, haben in den letzten Tagen in Wreschen Konferenzen stattgefunden, um die Zahl der Lehrer an der Volksschule zu erhöhen. Die Kosten sollen selbstverständlich der armen Gemeinde aufgebracht werden, die schon heute Kommunalsteuern im Betrage von 160 Proz. der Staatssteuer erhebt.

An anderen Orten wendet man noch drastischere Mittel an, um den Widerstand der polnischen Kinder zu brechen. In Mikoslaw erhielten die Eltern eines Schulmädchens folgendes Schreiben:

Wenn Ihre Tochter Viktoria auch fernerhin auf die Fragen im deutschen Religionsunterricht nicht antworten wird, wird sie Ostern nicht aus der Schule entlassen.

gez.: Der Kgl. Kreisschulinspektor Schulz.

Da das Mädchen im November 1901 schon 14 Jahre alt war, scheint diese Drohung der gesetzlichen Grundlage zu entsprechen.

Aus demselben Städtchen wird einem Posener Blatt ein Vorfall gemeldet, der die „Erfolge“ des Unterrichts in deutscher Sprache lebhaft charakterisiert. Auf die Frage des Lehrers: „In welcher Gestalt hat sich der heilige Geist offenbart“, antwortete ein Knabe: „Der heilige Geist hat sich in der Gestalt des heiligen Teufels geoffenbart“.

Die Kreisschulinspektoren scheinen irgend welche Anweisungen von „oben“ erhalten zu haben. In Mogilno hat der Inspektor die Eltern der Kinder zu sich gerufen und ihnen auseinanderzusetzen, daß man der Regierung nicht entgegenarbeiten dürfe und daß den Kindern nicht gestattet sei, weder zu Hause noch in der Schule polnisch zu sprechen!

Graf Bülow wird aber auch bei der nächsten Polendebatte den Mut haben, zu erklären, daß im Reichsstaat Preußen jeder so reden könne, „wie ihm der Schnabel gewachsen“ sei. . . .

**Keine politische Nachlässe.** Zur Bekämpfung des Duellunwesens hat die evangelisch-lutherische Vereinigung des Herzogtums Braunschweig beantragt, daß sowohl die Herausforderung zum Duell selbst wie die Mithilfe dabei nicht mehr wie jetzt mit Festungshaft, sondern mit Gefängnis- oder mit Buschhausstrafe geahndet wird. — Der Chefredakteur der Hamburger Nachrichten, Dr. Emil Hartmeyer, ist gestorben. — Die Tägliche Rundschau meldet, daß der Reichstagsabgeordnete Sattler (nat.-lib.) schwer erkrankt sei. — Nachdem ein Telegramm in Berlin eingegangen ist, wonach der Zustand des jungen Roosevelt gebessert ist, ist Prinz Heinrich nach Kiel abgereist. — Die Aussichten des Präsidenten Castro in Venezuela verschlechtern sich immer mehr. Das Schiff der Insurgenten, der Libertador, ist zerstört. Ein venezolanisches Kanonenboot beherrscht jetzt die Rüste.

### Belgien.

#### Das allgemeine Wahlrecht in der Kammer.

VL. Für die Kammerwahlen steht das Wahlrechtssystem in der Verfassung. Um für die Kammer das allgemeine Wahlrecht einzuführen, ist also eine Verfassungsrevision nötig. Das Wahlrecht für die Gemeinde- und Provinzialvertretungen wird aber durch Gesetz geregelt. Daher kommt es, daß das jeßige Gemeindevahlrecht für die Arbeiterklasse noch ungünstiger ist als das Kammerwahlrecht; denn die Verfassenden können für die Gemeindevahlwahlen vier, für die Kammerwahlen „nur“ drei Stimmen haben. Die sozialistische Fraktion hat nun sofort nach Zusammenrufen der neugewählten Kammer eine Gesetzesvorlage zur Einführung des einfachen allgemeinen Wahlrechts für die Gemeinde- und Provinzialvertretungen eingebracht. Der Verichterhalter Verhaegen hat eine ablehnende Konklusion beantragt. Die Majorität ist aber entschieden in Zwiespalt über die Frage. Ein Teil der Merkmalen, welche als Führer den Minister de Trooz haben, will sich bei Einführung des allgemeinen Wahlrechts beruhigen, als Korrektiv aber das Frauenwahlrecht dazufügen. Die große Mehrheit der Merkmalen Partei aber, unter Führung des Herrn Woeste, nimmt entschieden gegen jedes allgemeine Wahlrecht Stellung und ihm folgt, mit Ausnahme zweier Minister, die ganze Regierung und ein kleiner Bruchteil der Liberalen.

In Lande werden ganz gewaltige Manifestationen zu Gunsten der Gesetzesvorlage im sozialistischen Sinne veranstaltet.

Wolffs Bureau berichtet über den Verlauf der gestrigen Kammer Sitzung, welche der Beratung der Wahlrechtsvorlage gelten sollte. Von den Behörden waren äußerst strenge Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung ergriffen worden. Die gesamte Polizeimacht war aufgeboten, die Truppen konzentriert. Sämtliche Straßen, die nach den Kammern, den Ministerien, dem Palast des Königs führen, wurden von Polizei und Truppen bewacht. Ein Haufe von Manifestanten mit einem sozialistischen Mitgliede des Gemeinderats an der Spitze durchbrach den Polizeikordon und begab sich nach dem Palast des Prinzen Albert, wo er unter den Ruf: „Es lebe das allgemeine Wahlrecht“, vorbemarschierte. Die Manifestanten wurden von einer herbeieilenden Abteilung Kavallerie zerstreut.

In der Repräsentantenkammer selbst ist der sozialistische Antrag nicht zur Verhandlung gekommen. Nach der Besprechung einer Interpellation über lokale Angelegenheiten wurde die Sitzung, ohne daß es zu Zwischenfällen gekommen wäre, geschlossen.

Als die sozialistischen Deputierten das Kammergebäude verließen, wurden sie von den Manifestanten umringt und mit lauten Zurufen begrüßt. Dann zog eine große Schar derselben vor die Redaktion des sozialistischen Blattes Le Peuple. Der

sozialistische Deputierte Vandervelde trat an ein Fenster und richtete folgende Worte an die Menge: Wenn heute ein Tag der Aufrichtung ist, so wird binnen wenigen Tagen, wenn die Kammer sich darauf verweist, das allgemeine Wahlrecht zu verweigern, Revolution sein! Die Menge brach in Beifallskrufe aus und wandte sich dann nach den inneren Boulevards.

Die Veratung der Wahlrechtsvorlage wird heute fortgesetzt. Man erwartet mit Spannung die Rede Vanderveldes.

### Großbritannien.

**Gestörtes Liebeswerben.** — Das englisch-japanische Abkommen. Bekanntlich hatte man sich von deutscher Seite alle erdenkliche Mühe gegeben, den Besuch des Prinzen Heinrich in Amerika durch alle möglichen Replikentöne bei den Amerikanern annütig zu präjudizieren. Man hatte es auch nicht verschmäht, direkt durch Verächtigung anderer Nationen und deren Regierungen sich selbst in die Pose des Wünners zu setzen. So wurde drüber über dem Wasser eifrig die Darstellung losporiert, als ob seiner Zeit bei Beginn des spanisch-amerikanischen Krieges von England das Projekt einer bewaffneten europäischen Intervention zu Gunsten Spaniens angeregt und nur durch die Weigerung Deutschlands, sich dem anzuschließen, vereitelt worden sei. Die englische Regierung war aber nicht so gutmütig, sich diese Version unwiderrprochen gefallen zu lassen, und ließ sich geteilt im Unterhaus über die Sache interpellieren. Der englische Unterstaatssekretär Cranborne erklärte darauf, die britische Regierung habe niemals durch einen Vorkasster oder auf andere Weise irgendwelche Erklärung vorgeschlagen, welche sich gegen eine Aktion der Vereinigten Staaten in Cuba richtete. Die Regierung habe im Gegenteil es abgelehnt, irgend einem dahingehenden Vorschage zuzustimmen.

Hiermit ist erwiesen, daß der Vorschlag einer bewaffneten Intervention Europas zu Gunsten Spaniens tatsächlich amtlich an die englische Regierung herangereten ist, und es ist un schwer zu eraten, von welcher Seite die Lust zu einer bewaffneten Intervention vorhanden war. Die deutsche Flotten-demonstration vor Manila und die ganze Haltung des offiziellen Deutschlands in jener Zeit waren nicht von ungerühr. Die Erklärung Lord Cranbornes ist im jetzigen Augenblick eine scharfe Dissonanz in das Replikentönerdreiß des deutsch-amerikanischen Liebeswerbens.

Im Parlament ist nunmehr ein wichtiges Dokument eingegangen, betreffend das Abkommen zwischen England und Japan. Danach verpflichtet sich England, Japan Hilfe zu leisten, falls es gleichzeitig der Gegenstand des Angriffs zweier verschiedener Mächte werden sollte. Der Wortlaut des Abkommens ist dem englischen Gesandten in Tokio am 30. Juni vorgestellt worden. Lord Lansdowne erklärte in dem einleitenden Teil des Abkommens, daß dasselbe ein Resultat der Ereignisse im äußersten Osten während der letzten Jahre ist, und fügte hinzu, er sei überzeugt, daß dieses Abkommen dazu beitragen werde, den Frieden zu erhalten und, falls ein Krieg ausbrechen sollte, das Blutvergießen bald zu beenden.

### Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

**s. Ungeltgemäßes Steuerprivilegium.** An den Landtag sind eine Anzahl Petitionen teils eingegangen, teils noch in Vorbereitung, die sich gegen den § 30 der revidierten Städteordnung wenden, wonach festes Dienstlohn, Wartegeld und Pension nur zu 1/2 in Anschlag zu bringen sind, wenn Gemeindevorlagen nach dem Maßstabe des Einkommens erhoben werden.

Die Petitionen betreffen eine sehr alte Streitfrage, die jetzt bereits so wie so in Fluß gekommen. Im Dresdener Stadtverordnetenkollegium wurde in voriger Woche darauf aufmerksam gemacht, daß auf Grund dieser veralteten und ungeltegemäßes Bestimmung Direktoren von Aktiengesellschaften, die 200 000 Mk. Gehalt beziehen, 20 Prozent Steuerermäßigung genießen.

Die Beschwerde- und Petitions-Deputation beschloß diese Petitionen der Regierung als Material zur Gemeindesteuerreform, an der jetzt im Ministerium des Innern gearbeitet wird, zu überweisen. Auch in der Deputation bezeichneten mehrere Redner den § 30 als eine große Ungerechtigkeit.

**g. Halle a. S., 11. Februar.** Der wohlhabende Steinbruchbesitzer Verthold Schmidt aus Bennstadt stand heute vor der Strafammer wegen Betrugs unter Anklage, weil er die Steinbruch-Berufsgenossenschaft in Berlin um 469,25 Mk. betrogen hatte. Bei den Nachweisungen über die Löhne und Gehälter der bei ihm beschäftigten und versicherten Personen hatte er in den Jahren 1899 und 1900 rund 13 400 und 13 800 Mk. weniger Verdienst seiner Leute angegeben und dadurch 25 Proz. an seinen Beiträgen „geparl“. Er entschuldigte sich damit, geglaubt zu haben, nur verpflichtet gewesen zu sein, die ortsüblichen Tagelöhne und nicht die höher ausgefallenen Accordlöhne und Gehälter anzugeben zu brauchen. Der Angeklagte mußte erstens die 469,25 Mk. nachzahlen, wurde dann zur Zahlung einer Ordnungsstrafe von 300 Mk. an die Berufsgenossenschaft und heute noch wegen Betrugs zu 400 Mk. Gefängnis eventuell 40 Tagen Gefängnis verurteilt.

### Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

**s. Raubmord.** Heute früh 1/6 Uhr wurde an der Gagarrenshändlerin Mäßer ein schwerer Raubmordversuch verübt. Die Frau fand man mit schweren Wunden, welche entweder von einem Weib oder einem anderen stumpfen Instrument herrühren, bewußlos hinter dem Badentische auf. Der Thäter raubte ca. 150 Mk., von denen er gegen 100 Mk. wieder auf der Flucht verlor. Die Frau liegt schwer daneben. Von dem unbekanntem Thäter, welchen man hier in Frauenkleidern gesehen haben will, fehlt noch jede Spur.

**Die Zahlstelle der Holzarbeiter Grimma, 10. Februar.**  
Mitgliederversammlung hauptsächlich mit folgenden Fragen: Welche Vorteile bietet die Einführung der Arbeitslosenunterstützung 1. der Organisation im allgemeinen; 2. den Mitgliedern der kleineren Orte; 3. mit welchen Mitteln wäre sie zu erreichen? Zu allen Fragen der Tagesordnung wurde nach einem gut ausgearbeiteten Referat des Kollegen Gerde-Velpitz folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 2. Februar im Vereinslokal Schwanen-schloß abgehaltene Mitgliederversammlung der Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes erklärt nach dem erschöpfenden Referat des Kollegen Gerde und nach ausgiebiger Diskussion, bei der in kurzer Zeit stattfindenden Urabstimmung einstimmig für Einführung der Arbeitslosenunterstützung einzutreten, indem die Erhöhung der Beiträge um 10 Pfg. pro Woche, welche als ausreichend zu betrachten sei, den Bestand auch der kleinsten Zahlstelle nach allen gemachten Erfahrungen nicht gefährden kann“. — Zu dem am 4. Mal in Mainz stattfindenden Verbandstag wurde von der Zahlstelle Grimma Kollege Erbe als Kandidat für die 17. Wahl- abteilung aufgestellt.

Gierzu zwei Beilagen,

# Mein Inventur-Räumungs-Verkauf

bietet die alljährlich nur ein Mal wiederkehrende Gelegenheit, Waren von bekannt guter Qualität aus allen Abteilungen meines Geschäftes

20-50 Prozent unter Preis einzukaufen.

# Conrad Grau

9 Petersstrasse 9.

# Handschuhe jeder Art

Krawatten für Herren und Damen  
Seidene Tücher, Scarfs, Lavalliers  
Oberhemden, Kragen, Manschetten  
Hosenträger, Stöcke, Schirme  
Strümpfe, Socken, Strumpfhalter  
Gürtel, Fächer, Pompadours.

1386]

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen. (Einzelmitgl. Markranstädt).

Wittwoch den 12. Februar abends 7/9 Uhr

## Mitglieder-Versammlung

im Saale des Thüringer Hofes.

Tagesordnung: 1. Beratung über die Angelegenheit des Kollegen Wabre. 2. Fotenobier. 3. Gewerkschaftliches.

**Naturheilverein Leipzig II.** Pilsener Hof, Klosterstrasse. Donnerstag den 13. Februar abends 7/9 Uhr Vortrag nur für Damen von Frau Friedrich über: Krankheiten in den Entwicklungsjahren. Gäste willkommen. [1389] Eintritt frei.

**Naturheilverein Möckern.** Donnerstag den 13. Februar abends 7/9 Uhr im Saale des Goldenen Löwen. **Lichtbilder-Vortrag für Herren.** Thema: Was muss der Mann von den Frauenkrankheiten wissen? Eintritt frei. [1387]

**Naturheilverein Röttha.** Donnerstag den 13. Februar abends 7/9 Uhr in Stadt Leipzig **Vortrag über Wundenbehandlung.** Eintritt frei! Gäste willkommen! [1380] D. V.

## Römischer Hof

Mittelstrasse.

Donnerstag, Freitag und **Grosse Bockbierfeste** Sonnabend verbunden mit großartigem Almbin. Mit herzlichem Gruß Herrm. Thieme.

## Café Ehrlich.

Katharinenstrasse 14, I. [1368]

Mittwoch und Donnerstag **Großes musikalisches Bockbierfest.**

## Felsenkeller, Plagwitz.

Donnerstag den 13. Februar

## Humoristisches Doppel-Konzert

verbunden mit

## Bockbierfest u. Kappenabend

Auftreten der Humoristen Herren Schütze u. Hoffmann. Großartiges Programm. [1390]

Nachdem **BALL** bis 1 Uhr. Es ladet ergebenst ein W. Canitz.

## Restaurant u. Café zur Reichskrone

Bolkmarzdorf, Ludwigstrasse 81, Ecke Kirchstrasse. Gute Mittwoch [1376]

Großes Bockbierfest mit Konzert, wozu Nachbarn, Freunde u. Bekannte ergebenst einladet Franz Antzger.

## Hänichen, Sächsische Schweiz

Wittwoch: Großes Bockbierfest. Freundlichst ladet ein Max Hartmann.



Wir Waschweiber wollten wohl weisse Wäsche waschen, wenn wir wüßten, welches Waschmittel wirklich weisse Wäsche wäscht? Das thut **Dr. Thompson's Seifenpulver** mit dem SCHWAN. Man verlange es überall!

Durch große **Bar-Einkäufe** bin ich in der Lage **Herren- u. Knaben-Garderobe Schuhwaren** für Damen, Herren u. Kinder **Hüte, Schirme Wäsche jeder Art** zu noch nie gekannten **billigen Preisen** abzugeben. Dieses günstige Angebot wird auch ganz besonderer Beachtung bei Bedarf zur **Konfirmation** empfohlen. Für beste Qualitäten leiste ich jede Gewähr. [1398]

**J. Joske**  
Münchberger Str. 7.

**Stoff-Reste** für Herren- und Knaben-Anzüge  
**Fant-Reste**  
Max Nüchtern, Hainstr. 10.

**Rohtabake**  
deutsche u. überseeische bis zu b. feinst. Qual., in Ballen sowie ausgewogen, offer. zu bill. Preis. die Spezialhandl. f. Cigarettabak. Bruno Bennowitz, Leipzig, Johannisstr. 16. [925]

**Westvorstädtische Möbelhallen**  
10559] **L. Lindenau**  
Ecke Gaudorfer Str. und Marienstr. 28. Denkbare billigste Einkaufsquelle solide gearbeit. Matrasen, Ottomanen etc. eig. Fabrik. **Gebrauchte Fahrräder** billigst. Sommerlotte, Plaisendorfer Straße 18.  
Gr. Anst. prägn. Kanarienvögel, Käfige 20 Bfg., Dsb. 2-60 Mk., hoch. Sommerriß, 5 Pfd. 1.10 Mk., Str. 19 Mk., alle Sorten pr. Vogelkutter, ital. Goldfische 10 Bfg., empf. **Max Kraft**, Poststr. 18.  
**Neugebauer, stad. gebild.,** staatl. nicht geprüft, Praktikant b. Homöopathie u. Naturheilmethode, früher an Dr. Willm. Schwabes Poliklinik, behält, u. langj. Exp. **Geschlechtskrankh., d. N. u. Jiv., Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-, Haut-Leiden, Strampfadergeschwüre** etc. mit nachweislich vorzüglichem Erfolge. **Reichstr. 33/35** Sonnt. 9-2.5-8, Sonnt. 10-1; u. andw. briefl.  
**Bein- Haut- Geschlechtsleiden** ohne Verschönerung, gewissenhaft, höchst Schmidt, Königplatz 4, II. 9-1; 6-8.

Jede **Hausfrau** verlange **„MOHRA“ BUTTER.** einzig bester und billigster Ersatz für

**Konkursmassen-Ausverkauf.**  
Die großen Lagerbestände in **Rinder- und Wirtschaftsschurgen** sowie **Wollunterfeldern** der in Konkurs befindlichen Firma **Wegler & Verch** werden jetzt **Kolonadenstrasse 9** mit **25 Prozent Rabatt auf Engrospreise** früh von 8-12 Uhr und nachmittags von 2-8 Uhr ausverkauft. [1350] **Paul Gottschalek, Konkursverwalter.**

**Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinisch.**  
Soeben erschien:  
**Die Frauenfrage**  
Ihre geschichtliche Entwicklung und ihre wirtschaftliche Seite. Von **Eily Braun.**  
Preis brosch. 10.—, geb. 12.—.  
Dieses Buch giebt in seinem ersten Abschnitt in fünf Kapiteln eine Geschichte der Entwicklung der Frauenfrage und der Frauenbewegung von den ältesten Zeiten bis zum 19. Jahrhundert. Der zweite Abschnitt behandelt in neun Kapiteln die wirtschaftliche Seite der Frauenfrage, schildert die ökonomische Lage der Frau, bespricht die sozialpolitische Gesetzgebung und wirft einen Ausblick auf die Bedingungen, unter denen eine organische Lösung der Frauenfrage möglich ist.

**Bericht über den Schlachtviehmarkt** auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig am 10. Februar 1902.  
a) **Austrieb:**  
470 **Rinder** und zwar 208 Ochsen, 18 Kalben, 178 Kühe, 71 Bullen;  
298 **Kälber**;  
622 **Schafvieh**;  
1284 **Schweine** und zwar 1284 deutsche, — aus 2669 Tiere.  
b) **Marktpreise für 50 kg in Mark.**

Tiergattung	Bezeichnung	Lebens- Gewicht	Schlacht- Gewicht
<b>Ochsen:</b>	1. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	—	67
	2. junge fleischige, nicht ausgemästete — ältere ausgemästete	—	62
	3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	—	56
	4. gering genährte jeden Alters	—	52
<b>Kalben und Kühe:</b>	1. vollfleischig, ausgemästet, höchsten Schlachtwertes	—	64
	2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	—	60
	3. ältere ausgemästete Kühe u. wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	—	55
<b>Bullen:</b>	4. mäßig genährte Kühe und Kalben	—	50
	5. gering genährte Kühe und Kalben	—	45
	1. vollfleischige höchsten Schlachtwertes	—	62
	2. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	—	58
	3. gering genährte	—	54
<b>Kälber:</b>	1. feinste Mast- (Wollmilch-) Mast und beste Saugkälber	45	—
	2. mittlere Mast und gute Saugkälber	42	—
	3. geringe Saugkälber	84	—
	4. ältere gering genährte (Fresser)	—	—
<b>Schafe:</b>	1. Mastlamm und jüngere Mastlamm	82	—
	2. ältere Mastlamm	80	—
<b>Schweine:</b>	3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Werkzeuge)	—	—
	1. vollfleischige der feineren Rassen u. deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren	—	67
	2. fleischige	—	65
	3. gering entwickelte, sowie Sauen und Eber	—	58
	4. ausländische (aus )	—	—
	c) <b>Verkauf:</b>		
	418 <b>Rinder</b> u. zwar 174 Ochsen, 18 Kalben, 159 Kühe, 67 Bullen		
	299 <b>Kälber</b>		
	572 <b>Schafe</b>		
	1250 <b>Schweine</b>		
	d) <b>Geschäftsgang</b> mittelmäßig		
	fott		

**Ausstoß des Bockbieres** morgen **Donnerstag, 13. Februar** **Brauerei L.-Eutritzsch** **J. Pottkämper.** beginnt

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Seger in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinisch in Leipzig.

## Soziale Rundschau.

### Folkswirtschaftliches.

**Die Arbeitslosigkeit in Berlin.** Nach den bisherigen Resultaten der von der Gewerkschaftskommission veranstalteten Schätzung liegt es in Berlin 48292 völlig und 13027 teilweise arbeitslose Personen. Das Ergebnis der Umfrage aus den Vororten liegt noch aus.

### Gewerkschaftliches.

**-io- Große Arbeitskonflikte in Holland.** Augenblicklich giebt es im kleinen Holland nicht weniger als drei bedeutende Lock-outs und ein paar Ausfälle.

Die Aussperrung der Diamantarbeiter dauert jetzt schon sechs Wochen. Die Zahl der Aussperrten ist etwas verringert, beträgt aber noch immer mehr als 2500.

Weiter giebt es in Amsterdam eine Aussperrung von Maurer-Handlangern, infolge derer einige Hundert Leute, Maurer und Handlanger, arbeitslos sind.

Die Aussperrung, welche am meisten besprochen wird, ist die des Personals der Fabrik Van Heel u. Co. in Enschede. Diese Firma reduzierte Mitte Januar die Löhne ihrer 1500 Webstuhlarbeiter ganz und gar ohne Grund. Sie selbst gab als Vorwand an, diese Löhne seien zu hoch im Vergleich mit den Löhnen der anderen Enschedeer Arbeiter. Eine internationale Kommission der christlichen Textilarbeiterverbände hat mit der Firma eine Unterredung gehabt und berichtet, daß die Lohnreduktion ohne Grund vorgenommen worden sei. Doch beschloß man, aus den Verbandsklassen die Aussperrten nicht zu unterstützen, weil man in ähnlichen Fällen auch in Kachen und Köln Hilfe verweigert hatte. Man wird aber Sammlungen unter den christlichen Textilarbeitern im Ausland organisieren. In Holland selbst macht diese Aussperrung große Senfation.

Der Eifer der katholischen Verbände in diesem Konflikt ist wohl auf das Konto der politischen Verhältnisse im Wahlkreis Enschede zu schreiben. Die Fabrikanten sind alle liberal; der Kreis ist sozialdemokratisch vertreten. Die Katholiken fürchten nun, die katholischen Arbeiter ganz und gar zu verlieren, wenn sie in solchen Konflikten immer wieder die Arbeiter im Stich lassen. Daher die Unterstützung von kirchlicher Seite. In der vorigen Woche sind 6000 Gulden für die Weber gesammelt worden.

**Verbandsrat der Maschinisten und Heizer Deutschlands.** Am 30. und 31. März d. J. (erster und zweiter Osterfeiertag) findet zu Magdeburg im Würgerhaus, Stephansbrücke, die 6. Generalversammlung des Verbandes der Maschinisten und Heizer Deutschlands statt. Der Verband, welchem zur Zeit ca. 6500 Mitglieder angehören, will analog dem Vorgehen anderer Gewerkschaften für seine Mitglieder ebenfalls eine Arbeitslosen-Unterstützung einführen; außerdem soll eine Reorganisationskonferenz stattfinden, wonach die verschiedenen Vereine und Filialen in Zahlstellen umgewandelt werden, unter angemessener Erhöhung und Einführung von wöchentlichen Beiträgen. Sitz des Verbandes ist in Berlin 80, 88.

## Der Krieg in Südafrika.

### Ein Deutscher niedergeschossen.

Die Nieuwe Rotterdamse Courant publiziert einen Brief eines aus Südafrika wiedergekommenen Holländers, der an der Seite der Buren gekämpft hat, worin u. a. folgendes steht: „Die Deutschen schickten sich aneinander an. Einer von ihnen, dessen Namen ich nicht nennen will, da ich nicht weiß, ob seine Familie schon mit seinem Los bekannt ist, war der Erfinder des Mittels, mit einem Gewehrlauf, der mit Dynamit geladen wird, Eisenbahnzüge in die Luft zu sprengen. Er ist von den Engländern gefangen genommen, als er wegen einer Wundwunde nicht schnell genug flüchten konnte. Die Briten haben vernommen, wen sie hatten, und haben ihn auf der Stelle niedergeschossen.“

Der Schreiber teilt mit, daß viele Europäer sich bei den Kommandos befinden, vornehmlich Holländer, Deutsche und Franzosen. Ein französischer Graf Jules Bernande hat ein kleines Kommando von 20 Mann, ausschließlich aus Franzosen bestehend, welche die meichörtesten Wagentücke vollbringen.

### Ueberrfälle der Buren.

General French berichtet, daß ein aus 60 Wagen bestehender Convoi, der nach Beaufort, westlich von Fraserburg, ging und von 160 Mann eskortiert war, 30 Meilen von seinem Bestimmungsort genommen wurde. Die Buren führten 12 Wagen weg und verbrannten die übrigen. Der hinzukommende Oberst Craabe trieb nach einem heftigen Kampfe den Feind zurück. Auf Seite der Engländer wurden 2 Offiziere und 11 Mann getötet, 1 Offizier und 47 Mann verwundet; auf Seite der Buren 24 Mann getötet, 47 verwundet. Von der Kolonne Down, die bei Calvinia operiert und nachts auf einem Rück-

zuge angegriffen wurde, wurden 3 Offiziere und 7 Mann getötet, 17 Mann verwundet.

## Aus der Partei.

**g. Der Sozialdemokratische Verein Nürnberg** beendete am Freitag die vorige Woche vertagte Generalversammlung. Auf Antrag der Preschkommission wurde beschlossen, die Zahl der Mitglieder dieser Institution von 21 auf 12 herabzumindern, wovon 7 ihren Wohnsitz in Nürnberg und 5 in Fürth haben sollen. Genosse Segitz beantragte die Aenderung des Vertrages für die Handelsgesellschafter, deren Rechte im vorigen Jahre nach der Gesellschafterwahl des Geschäftsführers Sydow auf ein Minimum beschränkt und auf die Preschkommission übertragen wurden. In dem Parteigeschäft sind Maßnahmen notwendig geworden, die die finanzielle Leistungsfähigkeit einzelner Gesellschafter in erheblichem Maße in Anspruch nehmen. Durch eine einschneidende Aenderung des Gesellschaftsvertrages und des Regulativs für die Preschkommission soll den Gesellschaftern ein ihrer Verantwortlichkeit und ihrem finanziellen Risiko entsprechender Einfluß auf die rein geschäftlichen Angelegenheiten gewährt und in ihren geschäftlichen Dispositionen ein größeres Maß von Selbstständigkeit, als es die jetzigen Verträge gestatten, ermöglicht werden. Fernerhin sollen auch Aenderungen des Gesellschaftsvertrages nicht mehr in das Ermessen der Preschkommission gestellt sein, da hierdurch die Gesellschafter in unerhöhter Weise verpflichtet, belastet und entrechtet werden können. Die Preschkommission soll aber nach wie vor als Schiedsgericht fungieren. Genosse Scherm hat seinen Gesellschaftsvertrag gekündigt und da die Stelle eines anderen ausgeleiteten Gesellschafters bis jetzt noch nicht wieder besetzt werden konnte, sind zwei Gesellschafterstellen vakant geworden.

Die Kassenabrechnung verzeichnet für das Jahr 1901 13797.03 Mk. Einnahmen und 11266.13 Mk. Ausgaben. Die Zahl der Mitglieder ist von 5111 am 1. Januar 1901 auf 4542 gesunken. Dieser Rückgang von 600 Mitgliedern ist nicht, wie von der gegnerischen Presse behauptet wird, auf die Partei-zwistigkeiten, sondern auf die geschäftliche Krise zurückzuführen. Viele dieser abgängigen Mitglieder sind nicht wirklich ausgeschieden, sie gehören zu den 5000 Arbeitslosen, die in Nürnberg gezählt wurden und können ihren Beitrag selbstverständlich erst dann wieder entrichten, wenn sie wieder Arbeit haben. Bei den Ueberechnungen werden aber nur diejenigen als Mitglieder aufgeführt, die ihren Beitrag für den jeweiligen Monat im voraus entrichtet haben. Daher der anscheinende Rückgang.

## Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

**Die Tageselder für die Landtagsabgeordneten.** Die erste Deputation der 1. Kammer ist bei der Beratung des Besetzungswurfs, nach dem den Ständemitgliedern, die an dem Orte, wo der Landtag gehalten wird, wesentlich wohnen, der Bezug der Hälfte der in § 38 der Landtagsordnung festgesetzten Tageselder gewährt werden soll, zu dem Beschluß gelangt, die Annahme der Vorlage zu empfehlen; dagegen beantragt sie einstimmig, die von der 2. Kammer eingefügte Bestimmung abzulehnen, wonach das Gesetz dergestalt rückwirkende Kraft erhält, daß auch die neu festgesetzten Tageselder bereits vom Beginn des 26. ordentlichen Landtages an zu gewähren sind.

**oo. Aus dem Vogtland, 11. Februar.** Die Lohnbewegung der Textilarbeiter nimmt nun auch, soweit die Orte Reichenbach, Wylau und Nechtshau in Frage kommen, einen ersten Charakter an. Der Fabrikantenverein dieser Orte hat nunmehr beschlossen, daß, falls ein Mitglied, das den vom Verein aufgestellten Mindestlohn nicht bezahlt, mit seinen Arbeitern in Lohnunterschieden kommt, sich die übrigen Mitglieder solidarisch erklären und ihre Arbeiter aussperrn. Da die Firma Gebr. Chevalier in Wylau, die bereits ganz ansehnliche Zulagen gewährt hatte, gestern ebenfalls den Fabrikantenverein ausschloß, legten sämtliche 70 Arbeiter, darunter 40 weibliche, die Arbeit nieder. Der Ausstand dauert auch heute noch fort, obgleich die Firma bereits zugestanden hat, die gewährten Zulagen „bis auf weiteres“ fortzuführen. Die geforderten Lohnbücher will die Firma jedoch nicht einführen. Falls bis Montag keine Einigung zu Stande kommt, wollen die übrigen Weberbesitzer in Wylau ihre Arbeiter aussperrn.

In Reichenbach kam es gestern bei der Firma Popp u. Sohn, die über 300 Arbeiter beschäftigt, zu einem mehrstündigen

Ausstand. Nachdem die hauptsächlichsten Forderungen bewilligt wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

In Reichenbach legten heute die weiblichen (!) Arbeiter, 25, der Firma G. M. Greiner infolge Lohnunterschieden die Arbeit nieder. Die männlichen, etwa 15, arbeiten weiter. Die Frauen bilden in den meisten Fällen das treibende Element.

Die Verhandlungen der Arbeiter mit den Fabrikanten sind überhaupt die ganze Lohnbewegung leidet sehr unter dem Umstand, daß die Berechnung der Löhne eine sehr komplizierte ist. Alle Weber arbeiten ausnahmslos in Accord, die Löhne werden nach den verarbeiteten („eingeschossenen“) Zahlen (à 100 Meter Länge) berechnet. Für 100 verschossene Zahlen zu Cachemir wird z. B. in der Regel 1.70 bis 1.80 Mk. berechnet. Kurz giebt es aber bekanntlich die verschiedensten Artikel, Warenbreiten u., so daß die Berechnung selbst manchem Weber nicht immer geklärt ist.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Bei dem Krumbiegel'schen Kalkbache in Braunsdorf ging ein Stück Weide und Straße nieder; so daß ein Loch von ca. 20 Meter Länge und 50 Meter Tiefe entstand. Es stürzten jedoch unter großem Getöse noch weitere Stücke nach. — Auf dem Bahnhof Witzschdorf ist beim Rangieren der Wagenritzer Emil Albin Rother aus Chemnitz durch Uebertreten der Oberseite so schwer verletzt worden, daß er bald darauf gestorben ist. — In der Nacht zum Sonntag wurde der privatstehende Bahnhofsrestaurateur Krehlsmar in Niederleubitz auf dem Wege nach seiner in der Bismardstraße gelegenen Wohnung überfallen und mittels Hammers schwer verletzt, so daß er bestimmungslos dankeberliegt.

**Schleudig.** In der am 9. Februar abgehaltenen Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins hielt Genosse Otto Mittag aus Merseburg einen Vortrag über: Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung. Seine Ausführungen fanden reichen Beifall. Da keine Diskussion stattfand, konnte zu Verschiedenem übergegangen werden. Es kamen noch einmal die Mißstände der hiesigen Pflichtfeuerwehr zur Sprache. Da auf ein Schreiben an die Polizeiverwaltung, worin um Auskunft gebeten wurde, betreffs der Veränderung der Mannschaften bei Uebung oder Feuerbrunst, bis dato noch keine Antwort erteilt worden ist, so beschloß die Versammlung, in der in kürzester Zeit stattfindenden Volksversammlung zu dieser Sache noch einmal Stellung zu nehmen. Hingewiesen wurde noch auf die neugegründete Arbeiterkrankenkasse, welche endlich nach vieler Mühe so weit ist, daß sie ins Leben treten kann. Die Genossen wurden ersucht, alle dieser Kasse beizutreten und dafür zu agitieren. Beschllossen wurde noch, daß die nächste Mitgliederversammlung in Wehlitz stattfinden soll.

## Vereine und Versammlungen.

### Die Wäcker

hielten am 8. Februar eine gutbesuchte Versammlung in der Flora ab. Es wurde in erster Linie die Abrechnung vom Verband sowie die des Lokalkassierers gegeben. Der Verbandskassierer berichtete folgendes: Es betragen die Einnahmen 1799.52 Mk., die Ausgaben 1255.78 Mk., bleibt Kassenbestand 543.76 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 809. Eingetretene sind 88, zugereist 8, abgetreten 14, ausgeschieden 6, ausgeschlossen 55, so daß wir jetzt eine Mitgliederzahl von 868 haben. Bei der Lokalkasse betragen die Einnahmen 1774.08 Mk., die Ausgaben 240.78 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 1533.30 Mk. Die Revisoren berichteten, daß sie Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden haben und wurde hierauf den beiden Kassierern Entlastung erteilt. Es wurde noch die Wahl zweier Bezirkskassierer vorgenommen und die Kollegen Busch und Risse gewählt. Schließlich wurde noch gewünscht, die nächste Mitgliederversammlung wegzulassen zu lassen, dafür aber eine öffentliche Versammlung einzuberufen. Es werden schon jetzt alle Kollegen ersucht, diese Versammlung recht zahlreich zu besuchen.

### Müllerversammlung.

Nach Steuererhebung und Aufnahme zweier neuer Mitglieder gab der Kassierer den Jahresbericht: Einnahme 956.40 Mk.; an die Hauptkasse 705.81 Mk., Lokalausgaben 222.52 Mk., so daß ein Kassenbestand von 28.38 Mk. bleibt. Von den Revisoren wird die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt. Ein Antrag, dem Kassierer und Schriftführer eine Remuneration zu gewähren, wird von den Betreffenden selbst abgelehnt, hingegen soll denselben sowie dem Vorsitzenden zukünftig laut Beschluß 5 Prozent der Einnahmen überwiehen werden. Ein weiterer Antrag bezugs Gründung einer Bibliothek wird nicht genügend unterstützt. Die Expedition der Fachzeitung wird dem Kollegen Schubert übertragen. Darauf erstattet Kollege Hapke, ergänzt durch Kollege Hejel, Bericht vom Gewerkschaftskartell. Er ließ die verschiedenen Ereignisse, mit denen sich das Kartell beschäftigt, Revue passieren, und kam zu dem Schluß, daß das Kartell in jeder Beziehung seine Schuldbiligkeit gethan habe. In der Diskussion werden die Vertreter ersucht, für die Errichtung eines Arbeitersekretariats sowie eines Gewerkschaftshauses zu wirken. Wieder resp. neugewählt werden die Kollegen

## Kleine Chronik.

### Leipzig, 12. Februar.

**Theaternachrichten.** Im Neuen Theater wird am Donnerstag Hebbels Maria Magdalena wiederholt. — Im Alten Theater wird die Operette Jodiviga gegeben.

Freitag gelangt im Neuen Theater die Oper Der Barbier von Sevilla zur Aufführung. — Im Alten Theater ist Mi-Heibelberg angelegt.

Am Sonnabend findet im Neuen Theater die Erstaufführung der Tragödie Orestes von Felix Meingartner statt und zwar unter persönlicher Leitung des Komponisten. Die Besetzung ist die folgende: Aytämmestra: Frau Pelage Greesch-Andriessen vom Stadttheater in Frankfurt a. M. als Gast; Agamemnon: Herr Schelper; Orestes: Herr Moers; Nigisthos: Herr Greder; Kassandra: Frä. Weib; Elektra: Frä. Seebe; Wächter: Herr Karl Groß; Boie: Herr Ursus; erster Greis: Herr Schüb; zweiter Greis: Herr Marton; Alkissa: Frä. Köhler; erste Magd und erste Erinnye: Frä. Sengern. Die Regie führt Herr Oberregisseur Goldberg.

**Nochmals Neues aus dem Kunstverein.** In Nr. 20 dieses Monats erzählt ich die Geschichte eines Bildes von Walter Tzemann, das allzu großer Nachtheit wegen von der Ausstellung im Kunstverein zurückgenommen worden ist. Da jede Erwiderung ausbleibt, glaube ich annehmen zu dürfen, daß erstens meine Darstellung der Thatsachen der Wahrheit entspreche und daß zweitens die Leitung des Kunstvereins sich darauf einrichten wollte, unter Nebenwärtiger Mittheilung einer befreundeten Presse die immerhin peinliche Angelegenheit aus der Welt zu schieben.

Nun meldet sich der Kunstreferent einer hiesigen Wochenschrift, Herr Hermann Scheidemantel, in dieser Angelegenheit zum Worte. Herr Scheidemantel führt in seinem Organe aus:

Man hörte ... erzählen, konnte es ... auch erleben, daß ein männlicher Akt des hiesigen Malers Walter Tzemann vom Vetter des Kunstvereins, wegen seiner Unschicklichkeit zurückgenommen worden sei. Und die betreffende Delibude, ein nachher Jüngling in Freiheit, Profistellung, mit einer starken Wendung des Oberkörpers nach vorn, war von da ab im Kunstsalon Weyer u. Sohn zu sehen.

Ich verliere diese beiden Thatsachen nicht, weil sie ein wenig sehr ostentativ ausfallen. Ich erwähne den Fall überhaupt nur,

weil ich darüber anderes zu erzählen weiß. Nicht zuletzt natürlich auch der Wahrheit halber.

Von sehr zuverlässiger Seite erfuh ich über die Angelegenheit folgendes: Die bewusste Affäre war mit den übrigen Bildern eingebracht, welche Herr Walter Tzemann gegenwärtig in den Räumen des Kunstvereins ausgestellt hat. Beim üblichen Durchsehen der Bilder bemerkte der Direktor des Kunstvereins in Bezug auf das fragliche Bild, es würde, so wie es nun einmal ausgenommen sei, ohne Zweifel unter den so verschiednen urteilenden Mitgliedern des Vereins sehr viel Mißfallen, ja entschieden Widerspruch erregen. Und er empfahl dem Maler, seiner Meinung nach nicht zuletzt in dessen Interesse, wenn möglich das Bild zurückzunehmen. Jedoch sei er schließlich zur Ausstellung bereit, wenn der Künstler besonderen Wert darauf lege.

Herr Walter Tzemann zog das betreffende Bild freiwillig zurück. Er vergab sich damit nichts. Es ist um einen Kunstverein eben ein besonderes Ding. In Leipzig macht man damit bekanntlich keine Ausnahme. Man thut sich hier vielleicht lieber noch etwas darauf zu gute.

Herr Scheidemantel bestätigt damit meine Erzählung und ergänzt sie sachlich nur in einem Punkte, der an sich weiter nichts Wunderbares hat: Herr Direktor Schreiber hat seine Ablehnung in die übliche Höflichkeitform eines wohlmeinenden Rates gefeilt. Besonders pikant wird die Enthüllung Herrn Scheidemantels nur durch den Umstand, daß der besorgte Herr Direktor die Zurückziehung des Bildes als im Interesse des Künstlers gelegen erachtet haben soll! Ich muß annehmen, daß Herr Scheidemantel damit der „sehr zuverlässigen Seite“ Unrecht gethan hat. Bei aller sachlichen Egenerschaft kann ich Herrn Direktor Schreiber eine solche Befränktheit der Auffassung unmöglich zutrauen.

Herr Scheidemantel sagt des weiteren über eine ostentative Ausbeutung des Falles und spricht gar von einer ins Gebiet der „Reklame hindergehenden Geschäft“. Nun erklärt er mir in einer persönlichen Ansprache, daß er diesen Vorwurf nicht auf mich beziehen wollte, sondern vielmehr anerkennt, daß ich durch die Aufdeckung dieses Falles rein pflüchtgemäß gehandelt habe. Jedenfalls fällt die Reklame, die von irgend einer anderen Seite mit dieser Sache getrieben werden soll, nicht so schwer ins Gewicht, wie die Thatsache, daß im Kunstverein wirklich — Eberfelder Moral waltet.

Friedrich Stampfer.

**Berliner Theaterbrief.** Aus Berlin wird uns vom 8. Februar geschrieben: Im Lessingtheater ist gestern die vieraktige Pariser Komödie: Das Glück von Alfred Capus zum erstenmal in Scene gegangen.

Charlotte Lanier, ein rechtschaffenes und fleißiges Mädchen, hat sich mit Hilfe einer kleinen Erbschaft, die ihr zugefallen ist, einen Blumenladen eingerichtet. Sie kennt als geborene Pariserin das Leben zur Genüge, hat in früherer Jugend die notwendigsten dummen Streiche absolviert und ist jetzt eine würdevolle Geschäftsfrau geworden. Ihr Hausnachbar ist der Rechtsanwält Breard, ein flatterhafter, unbemittelter Lebemann und leichtsinniger Schuldenmacher, dem die Weiber alle nachlaufen und dem Charlotte Lanier in erster inniger Liebe zugehan ist. Eines Tages überredet er sie zu einem Ausflug an die See, und die Folge davon ist, daß sie das Blumengeschäft kurzerhand aufgibt und in Breards Wohnung übersiedelt. Sie leben eine Zeitlang zusammen. Breard wird ein gefuchter Abbotat und erhält schließlich sogar ein Mandat als Deputierter. Die Begründerin seines Glücks ist eine frühere Verkäuferin aus Charlottens Laden, die kleine Josephine. Sie ist die Geliebte eines steinreichen gutmütigen Dummkopfs geworden, den sie streng unter dem Pantoffel hält. Als er eines Tages in einem Aufsehen erregenden Prozeß einen Rechtsanwält braucht, nützt sie ihn, sich an den Freund ihrer früheren Prinzipalin zu wenden. Damit ist Breards Glück gemacht. Er verkehrt nun in den Kreisen der reichen Lebenswelt und wird ein Intimus vornehmer Nichtsthuers und kostspieliger Grissetten. Er lernt eine schöne Abenteuerin, die vielumtobene Simone, kennen und läßt sich von ihren Reizen und Künsten betören. Charlotte merkt alsbald, was vorgeht, und kündigt dem Geliebten an, daß sie ihn nunmehr verlassen werde. Breard verückt zuerst zu leugnen, verteidigt aber dann, als er sieht, daß Charlotte nicht zu täuschen ist, sein Recht auf Vielweiberei. Die Geliebte scheidet von ihm mit gebrochenem Herzen, und — in kurzer Zeit ist sie heil und bis tief Simone ihn zum Narren gehalten hat. Nun sieht der Saramspacha ganz allein da und sehnt sich nach der braven, tugendhaften Charlotte. Durch die List der kleinen Josephine gelingt es, die Wollende unter einem Vorwand in Breards Wohnung zu locken, und in einer großen Scene jöhnen sich die Liebenden aus und beschließen, miteinander in den heiligen Stand der Ehe zu treten.

Halle und Köhler, jedoch mit der Bestimmung, daß in jeder Karikatur nur ein Vertreter anwesend zu sein hat, eine Maßregel, die sich durch die Nacharbeit der Kollegen einerseits und die geringe Größe unserer Zahlstelle von selbst erklärt.

Eine öffentliche Spinnerversammlung

Am 8. Februar in der Konfordia in Lindenau statt. Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Kollegen zu einer allgemeinen Spinnerbewegung. 2. Gewerkschaftliches und Disziplinär hierzu. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erhält K. Glanzmann das Wort. Er führt aus, daß es einige Kollegen begriffen hätten, daß sie sich organisieren müssen; früher habe man nur mit Hohn und Verachtung auf die organisierten Kollegen gesehen; jetzt haben die Kollegen selbst eine Versammlung verlangt.

Eine öffentliche Versammlung der Maschinisten und Heizer beschloß sich am 8. Februar in Stadt Hannover mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag über die Krisis und den Brotwucher; 2. Diskussion; 3. Gewerkschaftliches. Genosse Manfred Wittich schilderte in Lehrrechen und feiselnden Vorträgen die gegenwärtigen Zustände. Weiter war die Versammlung schlecht besucht.

Waser- und Lackierer-Versammlung. In der am 8. Februar im Bürgergarten tagenden Versammlung der Einzelmitglieder hielt Genosse Wittich seinen 3. Vortrag über Volkswirtschaftslehre. Hiernach erwählte der Vorsitzende den Tod des Kollegen Otto Dieke; die Versammelten ehrten den Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.

Im Fortbildungsverein Leipzig-Weiß fand am 9. Februar der vierte Goetheabend statt. Genosse Wittich sprach vor einer gut besuchten Versammlung über Goethes Dramen und entfaltete sich seiner Aufgabe in der gewohnten, feiselnden Weise unter allseitigem Beifall.

Der Volksbildungsverein Gohlis

Hielt am Sonntag den 9. Februar einen Vortragsabend ab. Genosse Lucialis sprach über unsere Ziele. Der Referent schildert unsere heutige wirtschaftliche Lage und zeigt, wie sich infolge der Veränderung der Produktionsweise die jeweilige Regierungsform dieser anpassen müsse.

Die Komödie beginnt leidlich amüsant mit einer Verherrlichung der freien Liebe und des Christentums und endet breit und langweilig mit einer vührigen Melange für die Philistrierche. Aus der Grundidee des Ganzen spricht eine merkwürdige, schnelle Lebensauffassung. Dummköpfe und Lumpen, weibliche Antrichter und jechende Dinnen sind die Träger der Handlung, und der Autor versucht, diese Herrschaften teilweise als lebenswürdig hinzustellen.

Bibliothekar. Die Obmänner der Sängers- und dramatischen Abteilungen fordern zu regerer Teilnahme an den Übungsstunden auf. Nach kurzer Debatte über die Oberkante wird ein Antrag angenommen, daselbst in nächster Zeit einen Vortrag halten zu lassen.

Eine öffentliche Dachdecker-Versammlung

Nahm am 8. Februar im Coburger Hof den Jahresbericht des Vertrauensmanns entgegen, aus welchem folgende Punkte hervorgehoben sein mögen. Es fanden im verflochtenen Jahre 12 Versammlungen, denen 12 Agitationskommisssionen vorausgingen, und 4 Gesellenausschuss-Sitzungen statt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 12. Februar.

Brof, Brof, Brof! Die Vereinigung für Brotverteilung zu Leipzig hat in der Zeit vom 22. Januar bis jetzt 5100 Brotmarken und 152 Karloffelmarken (auf 1/4 Centner lautend) an unverschuldet außer Beschäftigung Beratene ausgegeben. Zu Unbedacht der großen Kollage sind weitere Gaben dringend erwünscht.

Schiedsgericht für Arbeiterversicherung. Den Nachweis einer wesentlichen Verschlimmerung einer Verletzung hat der Verletzte zu führen. Dem Arbeiter K. der bisher für einen erlittenen Unfall eine Rente von 10 Prozent erhalten hatte, sollte diese Rente vom 1. Dezember v. J. ab entzogen werden.

Gegen die Einziehung der Rente von 15 Prozent erhob der Arbeiter K. Beschwerde beim Schiedsgericht. Er erhebt zwar an, daß eine wesentliche Besserung eingetreten sei, behauptet jedoch, daß die bisherige Rente im Verhältnis zu der Verletzung viel zu niedrig bemessen gewesen sei.

Auf Gewährung einer Straßenbahnkarte hat der Verletzte der Berufsgenossenschaft gegenüber keinen Anspruch. Dem Arbeiter L. war die bisher bezogene Karte auf 80 Prozent herabgesetzt worden. Nach vorgenommener ärztlicher Untersuchung erklärt er sich mit der Herabsetzung einverstanden.

Die Leipziger Volkswirtschaft erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Betriebsüberschuß von 131.643 M. Da aber die bilanzmäßigen Abschreibungen 190.926 M. betragen, verbleibt ein Verlust von 59.283 M. Daburch erhöht sich der Verlustvortrag aus dem Jahre 1900 von 2753.388 auf 2812.671 M.

1420 Zahlungseinstellungsverfahren wurden im Jahre 1901 im Königreiche Sachsen eröffnet, das sind 221 mehr als im Vorjahre. Wie gewaltig diese Zahl im letzten Jahre emporgeschwollen ist, zeigt folgende Zusammenstellung: Es wurden in Sachsen eröffnet 1896: 805 Verfahren, 1897: 987, 1898: 1060, 1899: 1105, 1900: 1199, 1901: 1420.

Leipziger Baubank. Der Aufsichtsrat der Leipziger Baubank hat beschlossen, der für den 23. Februar 1902 anberaumten ordentlichen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 5 1/2 Prozent für das abgelaufene Geschäftsjahr in Vorschlag zu bringen. Auf Abbruch! Der Rat der Stadt schreibt jetzt den Verkauf der zum Abbruch bestimmten Gebäulichkeiten an Thomas-Lichhof aus. Es scheint danach sicher zu sein, daß das bekannte Abkommen zwischen Rat und Thomas-Lichhofvorstand auch die Genehmigung der oberen Kirchenbehörde finden wird oder bereits gefunden hat.

Schwurgericht. Die erste Sitzungsperiode des diesjährigen Schwurgerichts wird nach den vorläufigen Dispositionen am 20. Februar ihren Anfang nehmen und bis zum 4. März dauern. Den Vorsitz wird Herr Landgerichtsdirektor Dr. Kuhn führen.

Eine neue Apotheke, die den Namen Friedensapotheke führt, ist in Plagwitz-Lindenau in der Karl-Heine-Strasse, Ecke der Gutsmuthsstraße, eröffnet worden.

Bermittelt wird seit dem 5. d. M. der am 10. Januar 1899 in Magdeburg geborene Schulknaube Paul Hermann Günz aus der Wohnung seiner in der Bernhardtstraße zu L.-Anger-Crottenhof wohnenden Eltern. Der Knabe ist für sein Alter kräftig entwickelt, hat hellblondes, kurzgeschneittenes Haar, volles, gelblichrotes Gesicht und trägt dunkelblauwe Hose, graugrüne Weste und ein dunkles Jackett.

Kleine Polizeinachrichten. Ein bedeutender Einbruchsdiebstahl wurde in Odenburg und zwar im Comptoir der Centralgenossenschaft odenburgischer landwirtschaftlicher Konsumvereine verübt. Die Einbrecher haben einen Geldschrank aufgesprengt und daraus 9000 M. entwendet.

Zu Lebensgefahr geriet durch sein eigenes Verschulden gestern Abend kurz nach 7 Uhr im hiesigen Magdeburger Bahnhofe ein 49 Jahre alter Seifenhändler aus Nummen in Wahren. Der Mann wollte auf einen Personenzug springen, als sich dieser bereits bewegte, glitt aber ab und geriet zwischen einen Wagen 4. Klasse und die Mauer des Bahnsteigs.

Durch schweren Diebstahl sind in der Zeit vom 10. zum 11. Februar, aus einem Keller der Thalstraße 36 Flaschen Wein im Werte von 98 M. gestohlen worden. Aus einem Geschäftstotal der Delitzscher Straße wurden vier Tafeln gestohlen.

In einer Wohnung der Mariannenstraße in L.-Vollmarndorf ist gestern Abend ein siebenjähriger Knabe die Petroleumlampe um. Diese explodierte und setzte den Tisch in Brand. Das Feuer wurde aber von den Bewohnern unterdrückt.

Beim Aufsteigen auf die Straßenbahn ist gestern Abend in der Mühlbergstraße ein 65jähriger Schuldiener abgestürzt und auf den Hintertopf gefallen. Der Mann erlitt eine ziemlich erhebliche Verletzung, die ihm zunächst in der Polizeiwache verbunden wurde.

Eine 68 Jahre alte, asthmaleidende Frau wurde gestern Abend in der Breiten Straße in L.-Anger-Crottenhof von solcher Kramot befallen, daß sie mittels Tragbahre in ihre Wohnung gebracht werden mußte.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Leipzig, 11. Februar.

Ein Standaal macher. Das Schöffengericht hat den 41 Jahre alten aus Opprenheim gebürtigen Arbeiter Thomaßen in einer Verhandlung am 10. Januar zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Th. ist auf den Gerichten Stammgast. Wegen Verleumdung und häufiger Vergehen ist Th. nicht weniger als 34 mal bestraft.

Reichsgericht.

R.-G.-K. Leipzig, 11. Februar.

Nütigung durch Gewalt gegen Sachen. Für den Verlehr mit Droschkentuschern bietet eine heute gefällte Entscheidung des Reichsgerichts wertvolles Material. Das Landgericht I. in Berlin hat am 28. Oktober v. J. den Droschkentuscher Maximilian Engelhardt wegen Nütigung zu 20 M. und wegen Verleumdung zu 10 M. Geldstrafe verurteilt. Der Schriftsteller L. ließ sich eines Tages von ihm zum Bahnhofe fahren. Als der Angeklagte irgendwo mit der Droschke aufsteigte, mahnte L. zur Vorsicht. Der Angeklagte ärgerte sich über die Zwangswellung und erklärte, er werde Herrn L. nicht weiterfahren. Zugleich warf er das Gepäck aus dem Wagen und erklärte, er werde den Handkoffer erst herausgeben, wenn Herr L. seine Mark bezahlt habe. Wohl oder übel mußte dieser es thun und dann konnte er sich eine andere Droschke nehmen.

ist nicht erforderlich, daß die Wirkung sofort fühlbar wird; es genügt, daß ein Zustand geschaffen wird, der notwendig eine solche Wirkung hervorzurufen muß.

Liebesgötter, Neues Bilderbuch für Liebhaber. Unter diesem Titel ist als Teil der Satyr-Bibliothek im Verlage des Satyr, G. m. b. H., in Berlin, eine Schrift erschienen, welche mehrfach zum Gegenstande gerichtlicher Erörterungen gemacht worden ist. Der Geschäftsführer der genannten Verlagsgesellschaft, Redakteur und Verleger Dr. Alexis Schleimer, war seiner Zeit vom Landgerichte I in Berlin von der Anklage, eine unzüchtige Schrift, nämlich die Liebesgötter, verbreitet zu haben, freigesprochen worden. Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht II in Berlin. Dieses erkannte am 28. September vorigen Jahres ebenfalls auf Freisprechung. Die Revision des Staatsanwalts gegen dieses neue Urteil kam heute vor dem Reichsgerichte zur Verhandlung. Zutrimmiert sind aus dem Buche Liebesgötter eine Erzählung Amors Pfeil, sowie verschiedene Bilder, darunter das der Tänzerin Otero. Das Landgericht II in Berlin hat ebensowenig wie das Landgericht I etwas direkt Unzüchtiges in Text und Bildern erblickt können. Wenn der Leser und Beschauer, so etwa bezugnehmend das Gericht, erst durch Schlussfolgerungen darauf gebracht werden müssen, daß der Verfasser vielleicht eine Vorstellung von etwas Unzüchtigem hervorzurufen wollte, dann kann nicht gesagt werden, daß objektiv der Schrift ein unzüchtiger Charakter innewohnt. Der Reichsanwalt bezeichnete die Anschauung des Landgerichts als rechtsirrthümlich. Falsch sei insbesondere die Ansicht, daß bei Feststellung des Begriffs der Unzüchtigkeit davon auszugehen sei, wie die Schrift auf einen bestimmten Personenkreis wirke; es komme lediglich darauf an, wie sie auf das Publikum wirke. Das Landgericht habe die Grenze des unzüchtigen Wirkens zu eng gezogen. Der Begriff des Unzüchtigen sei auch dann gegeben, wenn Widerwille oder Abscheu erregt werden. Durch den Titel werde unter Umständen die Wirkung des Inhalts auf das sittliche Empfinden verstärkt, weil er eine gewisse Grundstimmung schaffe. Er beantrage die Aufhebung des Urteils und die Verweisung der Sache an ein Landgericht außerhalb Berlins. — Das Reichsgericht schloß sich den obigen Ausführungen an, hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Kottbus.

Polnisches. Das Landgericht Lissa (Posen) hat am 27. September v. J. den Malermeister Czeslaus Zrawinski von der Anklage, verschiedene Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten gegeneinander angereizt zu haben, freigesprochen. Er hatte der Schützengesellschaft eine Scheibe gemalt, auf welcher der von drei anderen Katern angegriffene polnische Adler und die weinende Frau Polonia zu erblicken waren. Da die Scheibe keinerlei Mißton in das Schützensfest gebracht hat, sah das Gericht den Thatbestand des § 130 Str.-G.-B. nicht als gegeben an. — Die Revision des Staatsanwalts gegen das erwähnte Urteil wurde vom Reichsgerichte verworfen.

Strafkammer contra Reichsgericht. Die Strafkammer beim Amtsgericht Brandenburg hat am 24. September v. J. den Uhrmacher Kuffner von der Anklage, durch Anwendung des Hydrazylsystems sich des Lotterievergehens schuldig gemacht zu haben, freigesprochen mit der Begründung, sie könne sich der Anschauung des Reichsgerichts nicht anschließen, da dasselbe den Begriff der Auspielung verkannt habe. Der Staatsanwalt legte gegen das Urteil Revision ein und das Reichsgericht hob das Urteil auf. Die Strafkammer in Brandenburg muß nun doch ein verurteilendes Erkenntnis fällen.

Von Nah und Fern. Residenzgeschichten.

Stuttgart, 11. Februar. Die Schwäbische Tagwacht schreibt: Ein Skandalprozeß ersten Ranges steht dem Stuttgarter Publikum bevor. In einer bereits beim Gericht anhängigen Privatklage B. gegen v. M. will die Privatklägerin den Beweis erbringen, daß in sehr hochgestellten Hofkreisen sittliche Zustände herrschen, von denen sich der gemeine Bürgerstand in Deutschland wenigstens kaum einen Begriff macht. Um die Aufdeckung der Wahrheit zu verhindern, werden nun alle Hebel in Bewegung gesetzt; ob es dabei immer streng gesetzlich zugeht, ist eine Frage für sich. Ein Adjutant des Königs soll sich bei dem Anwalt der Klägerin, Rechtsanwalt Dr. Gutbrod, wendet haben, um die Sache gütlich aus der Welt zu schaffen. Dies wird aber nicht gelingen; schließlich wird die Tagwacht dafür sorgen, daß Licht in diese dunkle Angelegenheit kommt. Die Thatfachen wie die Namen der Personen sind bekannt. Da kann man sich auf ortliche Enthüllungen aus der frommen Muckerstadt gefaßt machen.

Hochwasser. Holzwinden, 11. Februar. Die Weser führt Hochwasser und hat weite Strecken Landes überschwemmt. Die starken Schneefälle lassen ein weiteres Steigen befürchten. Dunkle Geschichten am Belgrader Hofe. Belgrad, 12. Februar. Aufsehen erregt hier ein Vorfall, der sich am 10. Februar hier im Konak abgespielt hat. Zwei Wachtposten, die unmittelbar vor den Gemächern des königlichen Paares Dienst hatten, wurden bewußtlos aufgefunden. Sie waren eingeschläfert worden. Bei Wiedererlangung des Bewußtseins erklärten sie dem Hofarzte, sie erinnerten sich, daß eine Frauengestalt bei ihnen vorübergegangen sei, welcher ein Offizier folgte, mehr konnten sie nicht sagen, da ein dienstthuender Adjutant des Königs das weitere Verhör verhinderte. Die beiden Soldaten sind seit gestern nicht mehr in Belgrad.

Die Brandkatastrophe in Paterson. Paterson, 10. Februar. Die Zahl der bei der gestrigen Feuersbrunst Verletzten, die in Krankenhäusern Aufnahme gefunden haben, beträgt fünfzig. Durch den Brand ist auch der Stadtkern, in dem die hiesigen Anarchisten ihre Zusammenkünfte hatten, zerstört worden.

Der Frankfurter Zeitung wird aus Newyork gemeldet: Der Brandschaden in Paterson wird von Versicherungsgesellschaften auf 8 Millionen Dollar angegeben. 400 Familien sind obdachlos. Die städtischen Urkunden sind vernichtet. Die Arbeitslosigkeit ist erfreulicherweise gering, da die Seidenfabriken verschont blieben.

Briefkasten der Redaktion.

§. 100. 1. Offenbar ist das an der Leipzig-Bitterfelder Bahn liegende Delitzsch gemeint. 2. Sagen können Sie das schon, ob es Ihnen aber jemand glaubt, ist eine andere Frage. 3. Die Größe der Anstalt ist uns unbekannt. Das werden Sie auch selbst gewahr werden.

W. B., Leipzig-Neustadt. Ihr Hinweis ist überflüssig, da die verfügbaren Karten bereits sämtlich ausgegeben sind.

Auskunft in Rechtsfragen.

§. 23. 1. Geburtschein und nach ein anderes Ausweis-papier wie Meldechein, Paß etc. 2. Ebenso. 3. Muß schriftlich gegeben werden und beglaubigt sein. Die Einweisung ist jetzt übrigens nur noch nötig, wenn das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet ist. 4. Als Zeugen sollen nur Großjährige zugezogen werden, also solche Personen, die das 21. Lebensjahr vollendet haben.

Theatervorstellungen.

Neues Theater. Mittwoch den 12. Februar: 41. Abdm.-Vorstellung (1. Serie, grün): Gastspiel der Frau Helga Greiff-Andriessen vom Stadttheater in Frankfurt a. M. Tristan und Isolde. Handlung in 3 Akten von Richard Wagner. Regie: Ober-Regisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Post. Dr. Levin Dr. Schütz Dr. Schelper Dr. Friede Dr. Eibenschütz Dr. Degen Dr. Marlen Ein Seemann, Schiffsvoll, Ritter und Knappen. \* \* \* \* \* Frau Helga Greiff-Andriessen als Gast. Nach jedem Aufzuge findet eine längere Pause statt. Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr. Dorn-Preise. Vorkauf für den nächsten Tag von 1—3 Uhr. (Zebes Billet, welches vor Eröffnung der Tageskasse bestellt oder im Vorverkauf entnommen wird, kostet 30 Pfg. Aufgeld.) Spielplan: Donnerstag: Maria Magdalena. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Der Barber von Sevilla. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Zum erstenmal: Drestes. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater. Mittwoch den 12. Februar: 14. vollständige Vorstellung zu halben Preisen. Historisches Lustspiel in 5 Akten von Rud. v. Gottschalk. Regie: Ober-Regisseur Adler. Mitglieder des Unterhauses: Dr. Vorgerdt Dr. Zaeger Dr. Otto Dr. Huth Dr. Weimer Dr. Proft Dr. Krause Dr. Ernst Müller Dr. Körner Dr. Feistel Fr. Wande Fr. Waech Fr. Helnich Dr. Harwinkel Dr. Schröder Dr. Wehlforn Dr. Schultede Dr. Keller Dr. Grunzig Fr. Reinhold. Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 1/2 10 Uhr. Halbe Preise. Billet-Vorkauf an der Tageskasse von 10—3 Uhr. Billet-Vorkauf für den nächsten Tag von 1—3 Uhr an der Tages-kasse (mit Aufgeld von 30 Pfg. pro Billet). Spielplan: Donnerstag: Jadviga. Anfang 7/8 Uhr. — Freitag: Mit-Geibelberg. Anfang 7/8 Uhr. — Sonnabend: Flachsmann als Erzieher. Anfang 7/8 Uhr.

Veranstaltungskalender. Mittwoch: Wahlverein Leipzig-Stadt. Öffentliche Versammlung. 8 Uhr. Naturhistorischer Verein. Versammlung. 8 Uhr. Donnerstag: Sozialdemokratischer Verein v. West. Restaurant Meiste. 8 Uhr. Kart-Club. 8 Uhr. Arbeiterklub. 8 Uhr. Arbeiterklub. 8 Uhr.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten. Donnerstag: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Linsen mit Saucisken. Speiseanstalt II (Molenthalgasse): Röhre u. Majoranensauce mit Käsefl.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Table with columns for grain types (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Oel, etc.), quantities, and prices. Includes sub-sections for 'Ausseramtlich' and 'Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgeg. notieren:'.

Schusters Warenhaus, Leipzig-Neustadt, Eisenbahnstrasse 39-43. hat Mittwoch, Donnerstag und Freitag Reste-Tage.

Gewerkschaftsmitglieder die das Bürgerrecht noch nicht besitzen, werden ersucht, sich unverzüglich mit einem der nachverzeichneten Genossen in Verbindung zu setzen. Für die Stadt Leipzig. Lists names and addresses for various districts: Ost-Vorstadt, Süd-Vorstadt, West-Vorstadt, Nord-Vorstadt, and others.





**Reichstag.**

140. Sitzung. Montag den 11. Februar 1902, 1 Uhr.  
 Am Bundesratsitz: Wiederholung.  
 Die zweite Beratung des Etats wird beim  
**Etat des Reichsjustizamts**

(Titel Staatssekretär) fortgesetzt.  
**Abg. Bayer (Centr.):** In Bayern wird man den Rechtsanwältinnen ungerecht vorgebeugt vor, und der bayerische Justizminister hat dieses Märdchen noch geduldet, indem er einen Erlaß in der bayerischen Rheinpfalz herausgegeben hat, der die Rechtsanwältinnen verpflichtet, bei jedem Verurteilungsbescheid den Grund im Protokoll zu geben. Zu einem solchen Erlaß hat der Justizminister kein Recht. Auch die neue Gebührenordnung ist ein Beweis für das geringe Ansehen, das die Rechtsanwältinnen genießen. Ein unzulässiger Zustand ist auch, daß Anwältinnen auch Staatsdienstleistungen sind. Der deutsche Anwaltsverein geht damit um, eine Zulassung zu erlangen; eine Reichssubvention zu dieser wäre sehr wünschenswert. Die Armenschaften haben die Anwältinnen als nobilio officium betrachtet. Der Erlaß des Armenratungskonferenz solle aber eine genaue Prüfung vorangehen.

**Abg. Beck-Coburg (freil. Vp.):** Die Forderung eines Reichsjustizgesetzes ist auf dem letzten Anwaltskongress von keiner Seite erhoben worden. Die Beispiele, die Herr Staatssekretär angeführt hat, rufen wirklich den Einbruch hervor, als herrsche bei uns eine Klassenjustiz. Gegenüber müssen wir uns entscheiden wehren. — Die Befreiung der Schlichter durch die Schlichtergerichte hat nur bei einer Minderzahl von Juristen Anklang gefunden.

In der Duellfrage würde ich eher für den Antrag Schrader als für den Antrag Gamp stimmen. Gegen den Zeugniszwang sind durchgreifende Maßnahmen zu treffen. Für die bedingte Verurteilung bietet die bedingte Begnadigung keinen Ersatz.

Die Judikatur über den Großen Umfang-Paragraphen ist unzulässig. Die Staatlichkeit der Regierung in der Abschaffung des streitigen Gerichtsstandes ist sehr bedauerlich. Dem vor Jahresfrist angenommenen Antrag des Reichstages, einen Gesetzentwurf über die Entschädigung unschuldig Verhafteter vorzulegen, ist die Regierung nicht nachgekommen. Wir müssen energisch auf bessere Behandlung unserer Anträge dringen.

**Staatssekretär Nieberding:** Die Revision des Strafvollzugs ist vor der allgemeinen Revision des Strafgesetzbuchs nicht möglich.

**Abg. Spahn (Centr.):** Die Regelung der Rangordnung der Senatpräsidenten beim Reichsgericht, sowie die Entschädigung unschuldig Verhafteter ist noch immer nicht erfolgt. Auch wäre angeht, bei den Aktiengesellschaften Zwangsrevisionen vorzunehmen zu lassen.

**Abg. Matzahn (Hosp. d. Konf.)** wünscht Regelung des Verkehrs mit Automobilen.

**Staatssekretär Nieberding:** Eine Regelung dieser Frage müßte von den Einzelstaaten ausgehen. Zu einer reichsgesetzlichen Regelung ist die Zeit noch nicht gekommen.

**Abg. Dr. Herzfeld (Soz.):** Wir sind durchaus damit einverstanden, die Polizei von Reichs wegen in die Hand zu nehmen. Regelt man erst die Verkehrspolizei durch Reichsgesetz, werden auch die anderen Gebiete der Polizei herankommen. Der von Herrn v. Matzahn vorgetragene Grundsatz, daß für einen Unfall, der durch ein Automobil verursacht wird, der ganze Schaden zu ersetzen sei, sollte auch für die Unfallversicherung der Arbeiter gelten. Dagegen aber wehrt sich die Rechte auf das äußerste. Der Staatssekretär kommt niemals über die Vorarbeiten hinaus. Heute verweigerte er die Antwort, weil Initialanträge, die eine Angelegenheit behandeln, noch nicht dem Bundesrat vorgelegt haben und im Plenum noch nicht zur Abstimmung gelangt sind. Kein Reichsamt ist so rückständig in sozialer Hinsicht, wie das Reichsjustizamt, und deshalb bleibt alles stehen. Die Forderung eines Gesetzes über den Strafvollzug ist noch immer nicht erfüllt. Wenn Sie energisch ein solches Gesetz wollen, so schreiben Sie es in den Kollarif oder in den Etat hinein. Für den Erlaß der beiden preussischen Minister in Sachen des Erpressungsverfahrens erklärte sich Herr Nieberding für nicht zuständig. Er schiebt sich wohl nur zuständig für Dinge, die die bestehenden Klassen angehen? Weist er, daß jener Erlaß noch einen Nachsatz hatte, der die Staatsanwaltschaften anwies, nicht gegen Vereinigungen Industrieller, gegen Kartelle, wegen Erpressung vorzugehen, wenn sie Dinge thun, die nach Entschädigungen des Reichsgerichts Erpressungen sind? Stadthagen selbige schon gestern vor, man solle doch die Unternehmer wegen Erpressung anzeigen, die die Arbeiter zwingen, aus ihren Vereinigungen auszutreten und sie auf schwarze Listen setzen. Ich habe die Probe aufs Exempel gemacht. Ein Arbeiter klagte gegen einen Unternehmerverband, weil er entlassen und auf die schwarze Liste gesetzt war, zur Strafe dafür, daß er einen Kollegen aufgefördert hatte, in eine Gewerkschaft einzutreten. Das Berliner Landgericht aber erkannte: ein solcher Arbeiter eignet sich nicht zur Beschäftigung in einer Fabrik, wo er fortwährend mit einer großen Anzahl anderer Arbeiter in Berührung kommt. — Herr Nieberding (bei den Soz.), der Unternehmer aber verstoße nicht gegen die guten Sitten, wenn er den Arbeiter mit Hilfe der schwarzen Listen ins Glendstöße. Das ist ein Fall von Klassenjustiz, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir sind gegen eine Verschärfung der Beleidigungsstrafen, weil sie nur härtere Verurteilung aller derer führen würde, die die Regierung und die herrschenden Klassen bekämpfen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Es wurde gesagt, in England hat man durch höhere Strafen für Beleidigungen das Duell abgeschafft. Das englische Gesetz drückt aber den Grund aus, daß eine Beleidigung gegen jemand, der ein öffentliches Amt bekleidet und sich damit der öffentlichen Kritik unterwirft, überhaupt nicht strafbar ist. Nur wissentlich böswillige Verleumdung wird bestraft. Bei uns sind in den Jahren 1895—1900 55 000 Beleidigungsstrafen erfolgt, darüber laßt man ja schon im Auslande. Das Verbot der kolonialen Schrift ist nur ein Aufwuchs an dem Baume, an dem die 55 000 Beleidigungsstrafen wachsen. Der sächsische Bundesratsbevollmächtigte sagte, es sei ganz natürlich, daß die Anklage gegen die kolonialen Schrift in Leipzig erhoben worden sei, wo die Schrift erschienen sei. In Berlin, wo der Ueberleger lebt, der doch eigentlich verantwortlich ist, hat man die Anklage abgelehnt, weil man sich sagte: soweit wir doch nicht, nicht. Wenn wir in Sachen noch einen Sozialdemokraten wählen, wird man auch Goethe beschlagnahmen. (Heiterkeit.) Bezüglich des Zwidauer Falles hat der Herr Vertreter die Darstellung des Bundesratsvollständig befragt. Doch, sagte er, wüßte man die Imponderablen berücksichtigen. Wir kennen diese Imponderablen, und weil diese vorhanden sind, ist eine Klassenjustiz vorhanden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In einem anderen Falle wurden Arbeiter, die einen Schutzmann mißhandelt hatten, zu Gefängnisstrafen von 3 und 4 Jahren bestraft. Da haben wahrscheinlich auch die Imponderablen eine Rolle gespielt. — In Elsaß-Lothringen ist durch ein Reskript des Bezirkspräsidenten ein Zahlwerk des Zeitungsverbandes verboten worden, Frauen und jugendliche Personen aufzunehmen. Das Schöffengericht und die Strafkammer haben diese Verfügung bestätigt. Ich frage den Herrn Staatssekretär, ob er zu dieser Frage Stellung nehmen will. Der Herr Staatssekretär hat uns wieder die Zahl der jugendlichen Verurteilten angeführt und daraus die Ueberzeugung geschöpft, daß es nicht angänglich sei, das Strafminderheitsalter heraufzusetzen. Eine Statistik aber beweist mir, daß von den 18 049 rufschuldig gewordenen der dritte Teil schon vor dem 14. Jahr bestraft war. Ich bitte den Herrn Staatssekretär dringend, von seinem Entschlusse zurückzukommen. Möge er dafür sorgen, daß unsere öffentlichen Erziehungsanstalten nicht Anstalten sind, in denen man unverbesserliche Zuchtstülpener erzieht.

**Abg. Dr. Dertel (Konf.):** Die wirkliche Quelle der Zunahme der Verbrechen Jugendlicher ist die Neigung zur Sünde, die Rückkehr zur religiösen Erziehung daher das einzige Mittel dagegen. (Sehr richtig! rechts.) — Die Beschlagnahme der kolonialen Schrift in Leipzig halte auch ich für unbedeutend, sie verfolgt ein edles, sittliches Ziel. Ich warne aber davor, in der Verfolgung der Gotteslästerung laxer als bisher vorzugehen. Wir lesen fast täglich in der Presse Äußerungen, die nach unserer Meinung Gotteslästerungen sind. (Unruhe links.) — Goethe wird hoffentlich in Sachen nicht verboten werden, ich empfehle die Goethe'sche Lesart im Gegenteil bringend als ein sehr gutes Mittel gegen die Ausbreitung der Sozialdemokratie. (Heiterkeit links.) — Die Vorwürfe des Abg. Herzfeld gegen die sächsische Justiz waren ganz unbedeutend. Die Befreiung des sächsischen Gerichtsstandes der Presse ist dringend. Auch die Anwendung des Zeugniszwangsverfahrens gegenüber Redakteuren billige ich nicht. Es ist wenig vornehm, einen Redakteur zum Bruch der ihm auferlegten Disziplin zu zwingen. Ich fürche aber hier nur für meine Person. — Wenn man das Duell schärfer bestrafen will, muß man auch diejenigen Verbrechen schärfer bestrafen, die zu Duellen führen, also die Beleidigungen. Das verweise ich im Antrag Groeber. Vor allen Dingen muß mit jener Anschauung gebrochen werden, die die schmächtige gemeine Sünde des Ehebruchs für eine lebenswürdige Verkümmung hält. Herr Heine wolle zuerst die Junker und dann das Duell beseitigen. Aber die Duellanten, die in der letzten Zeit so viel von sich reden gemacht haben, waren meist keine Junker, es waren bürgerliche Leutenants, Studenten, Domänenpächter etc.

**Abg. Dr. Müller-Meinungen** hat gemeint, ich sollte dem Staatssekretär den Gehalt verweigern, wenn er meiner Forderung auf Wiedereinführung der körperlichen Züchtigung nicht nachkommt. Das werde ich nicht thun, auf meiner Forderung aber werde ich bestehen. Für Prügelstrafe für Beleidigung durch die Presse bin ich nie eingetreten. Viele Frauen haben mir zu meinen Anschauungen beigestimmt, in der Presse äußert man sich in meinem Sinne und selbst ein Rechtsanwalt, der Sohn eines früheren sozialdemokratischen Abgeordneten, hat gegen grauaune Laster für jugendliche Personen die Prügelstrafe empfohlen. Die körperliche Züchtigung ist eine Forderung des gesunden Menschenverstandes und der wahren Humanität. (Beifall rechts, links links.)

**Sächsischer Gelehrter Dr. Börner:** Im Falle der Beschlagnahme des Kolonialen Werkes kann der Inhaltbestand des § 106 als gegeben erachtet werden. Bezüglich des Zwidauer Falles läßt sich die Thatfache nicht aus der Welt schaffen, daß bei der psychologischen Beurteilung jedes Einzelfalles gewisse Imponderablen mißsprechend. In dem neuen von Herrn Herzfeld angeführten Falle hat der Schutzmann infolge der Verletzungen eine Gehirnerkrankung erlitten, von der er noch nicht geheilt ist. Die Arbeiter haben sich auch bei dem Urteile beruhigt und erklärt, die Strafen sofort antreten zu wollen.

**Abg. Gamp (Reichsp.):** An der Verzögerung in der Angelegenheit des streitigen Gerichtsstandes ist nicht Herr Nieberding schuld, sondern die Einzelregierungen. — Energetische Maßnahmen über den Verkehr mit Automobilen sind zum Schutze des Publikums dringend notwendig. Die Zustände bei den Aktiengesellschaften erfordern das volle Augenmerk der Reichsregierung.

**Abg. Dabach (Centr.):** Eine stärkere Bestrafung von Verleumdung und Rohheiten, auch wenn sie von Geisteskranken ausgehen, wäre sehr nützlich, natürlich muß dafür gesorgt werden, daß Kritiken, die im öffentlichen Interesse erfolgen, der Schutz des § 103 Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugelassen wird. — Das Duell Faltenshagen-Bentzen/ hat ganz fraß den Unfuss des Duells erweckt. Die Empörung gegen diese Unsitte wächst in steigendem Maße, ein Beweis dafür ist die Bildung der Anti-Duellliga unter dem Führen v. Löwenstein. Möge der Bundesrat uns bald einen Gesetzentwurf gegen das Duell vorlegen. (Bravos beim Centrum.) Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr. (Auserdem Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.)

**Neunzehnte Sitzung der Zolltariffkommission.**

(Eigenbericht der Leipziger Volkszeitung.)

Berlin, 11. Februar 1902.

Gekoch-Busch-Stimmung beherrschte heute auch die Agrarier in der Kommission. „Man feste drängen!“ — blieb noch die Parole, aber zweifellos haben die Sammelpolitiker festen Boden und der Schrei-Bund hat nur noch die Aufgabe, als Hilfsmittel für die Durchdringung der Regierungsvorlage — die doch wahrlich des Vorkamers genug verliert und die unerhörtesten Besenken aus den Taschen des Volkes den Agrariern anbietet — zu dienen. Geschäftsordnungsmäßig gliedert die heutige Beratung einem Quodlibet, denn, nachdem § 9, dessen Beratung bekanntlich unterbrochen worden war, seine Erledigung gefunden, wurde nicht etwa sofort die ebenfalls unterbrochene Beratung über die kommunalen indirekten Steuern wieder aufgenommen, sondern § 10 der Regierungsvorlage, zinsfreie Zollkredite betreffend, zur Debatte gestellt. Erst nach Erledigung dieses Paragraphen setzte die Beratung über den Antrag Fischbeck (siehe vor. Bericht) wieder ein. Der Staatssekretär Graf Posadowsky machte verfassungsmäßige Bedenken gegen den Antrag geltend, aber der Antrag hat, wenn das Centrum bei seiner jetzigen Haltung bleibt, Aussicht auf Annahme.

Wieder provozierte der Vorsitzende eine längere animierte Geschäftsordnungsdebatte über die Zulässigkeit einer Anzahl von Geyer u. Gen. gestellten Anträge. Die Debatte wurde vorläufig abgebrochen, wird aber morgen oder übermorgen wegen des sozialdemokratischen Antrages fortgesetzt, als § 10b die Verwendung von 60 Millionen aus den Zollträgnissen für kulturelle Zwecke unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kleinbauern zu fordern. Dabei wird es nicht ohne hitzige Reden abgehen. Schlußminutenfalls kann die Kommission eine Vergewaltigung der Minderheit begehen. Aber damit ist das Bucherwerk noch nicht gerettet.

Stadthagen, der den ihm vom Vorsitzenden erteilten Auftrag bereitschaftig übernommen hat, erstattet Bericht über die zu § 9 noch eingegangenen Petitionen.

Gothein begründet noch einmal kurz seinen Antrag — Sese und Weizenstärke betreffend.

Unterstaatssekretär v. Fischer sucht die Bedenken Gotheins zu entkräften.

Gothein: Der Unterstaatssekretär hat zugegeben, daß bei Herstellung von Weizenstärke fast ausschließlich ausländischer Weizen verwendet wird. Nun meine ich, sollte man doch, wie ich es will, die nationale Arbeit schützen, die sich des ausländischen Rohproduktes bedient.

In der Abstimmung wird der Antrag Gothein mit allen gegen 9 Stimmen abgelehnt. Graf Schwerin-Löwis stimmt für den Antrag.

Ziffer 4, § 9 wird ohne Debatte angenommen, ebenso Ziffer 5. Zu Ziffer 6 liegen Petitionen der Schiffer vor, über die Stadthagen Bericht erstattet und eine Erklärung der Regierung dazu wünscht.

Unterstaatssekretär v. Fischer erklärt, es sei keine Änderung des bisherigen Zustandes beabsichtigt.

Abg. G, § 9 wird angenommen und ebenso der ganze § 9.

Stadthagen erstattet Bericht über eine Reihe von Petitionen zu § 10.

Baasche: Der Zollkredit ist keine gesetzliche Maßregel, er wird nur unvollständig gewährt. Für das Reichsjustizamt werden dadurch Mittel frei.

Schaffstettler v. Thielmann tritt für den bisherigen Zustand ein.

Geyer: Die Tabakindustriellen sind erstaunt und besorgt über die beantragte Aufhebung der zinsfreien Zollkredite. Man glaubte

sich sicher, da die Regierung dergleichen nicht beabsichtigte. Der Deutsche Tabakverein hat sich schon im Jahre 1900 dagegen gekehrt und den Versicherungen der Reichsregierung Glauben geschenkt. Wie die Petition aus Offenbach a. M. ganz richtig sagt, wird die mittlere und kleine Industrie durch den Antrag betroffen, die Konzentration des Großkapitals aber gefördert. Ich bitte dringend, den Antrag abzulehnen.

Müller-Julda bestreitet, daß die mittleren und kleinen Industriellen Schaden von der Aufhebung der zinsfreien Zollkredite hätten. Welches Recht für alle muß bezüglich aller Waren eintreten, darum haben wir den Antrag gestellt.

Der Antrag lautet: § 10 folgendermaßen zu fassen: Die Zölle werden mit der Ueberführung der Waren in den freien Verkehr fällig. Bei regelmäßig für größere Mengen wiederkehrenden Verzollungen kann monatliche Zahlung gegen Sicherheitsleistung nach Anordnung des Bundesrates gestattet werden. Für eine längere Frist die Zollbeiträge zu stunden, ist unzulässig.

Schaffstettler v. Thielmann: Ich habe gesagt, die Verstärkung der Reichshauptkasse würde bei Aufhebung der zinsfreien Zollkredite mit einer Verlastigung des Handelsstandes verbunden sein.

Baasche und Müller ziehen ihren Antrag zurück. Graf Schwerin tritt für die Regierungsvorlage ein. Deumer ist entgegen seinen politischen Freunden gegen die differenzielle Behandlung des Getreides etc., und will gegen den zweiten Absatz der Regierungsvorlage stimmen. Der Landwirtschaft, besonders der niederrheinischen, wird mit dieser Maßregel nichts geholfen, der Handel aber wird belästigt. Eher würde ich für eine gänzliche Aufhebung der Zollkredite sein.

v. Wangenheim ist trotz seiner grundsätzlichen Stellung gegen die Zollkredite für die Regierungsvorlage.

Brömel bebauert, daß Anträge, wie der Baasche-Müller, erst gestellt werden und dadurch Beunruhigung hervorgerufen wird. Die Befreiung von seit 30 Jahren bestehenden Einrichtungen kann nicht mit einem Federstrich geschehen; dazu bedürfte es gründlicher Erhebungen, die dann das Gesetz liefern müßten. Wenden man sich denn die Ausführung des Paragraphen bei den gemischten Transitlagern? Das Getreide wird in sehr vielen kleinen Posten auf die Transitlager genommen. Soll nun bei jedem kleinen Posten Zins erhoben werden? Das erfordert vielleicht mehr Kosten, als es Einnahmen brächte. Daher wäre schon eine einmonatige Frist, wie sie der Antrag Baasche vorsch, besser als die Vorlage.

Graf Kanitz: An den Meinenden liegt die Sache noch etwas anders, als Abgeordneter Deumer sie darlegte. Die Vorlage giebt ein Korrelat zu den Einfuhrzöinen.

Fischbeck: Warum soll die Kreditgewährung bei Getreide aufgehoben werden, während sie bei der Braunweinsteuer bestehen bleibt. Redner tritt den Deumer'schen Ausführungen entgegen.

Unterstaatssekretär v. Fischer: Es ist zu unterscheiden zwischen Verschiffungslagern und offenem Lager. Die Ausführbarkeit der Maßregel nach der Vorlage macht keine großen Schwierigkeiten, nur in einzelnen Fällen wird das hervortreten. Mollenhuh: Als Müller und Baasche ihren Antrag begründeten, wurde mir klar, daß es an Gründen fehlt. Wollten sie den Reichsbetriebsfonds stärken, konnten sie das vor einigen Jahren thun, als die Unfallversicherungsverhältnisse zur Beratung standen. Ihre Parteigenossen haben damals das Gegenteil getan. Die Bestimmung ist eine Erschwerung des Getreidehandels zu Gunsten agrarischer Zwecke. Bei Entziehung der Zollkredite würde besonders die Tabakindustrie schwer getroffen.

Graf Schwerin ist gegen den vorliegenden Antrag, Abs. 2 § 10 der Vorlage zu streichen. Er glaube, der Antrag sei auch zurückgezogen. Da dies nicht der Fall, polemisiert Redner gegen denselben.

Die Anträge Fischbeck und Geyer, auf Streichung des Absatzes 2, werden mit 14 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Der Vorsitzende hält die weiteren Anträge zu § 10 nicht zulässig.

Mollenhuh protestiert gegen dies Verfahren. Spahn will mit seinen Freunden die Anträge bezüglich der Verwendung der Zolleinkünfte erst bei der 2. Lesung befürworten. Stadthagen wendet sich in eingehenden Ausführungen gegen die Erklärung Spahns und des Vorsitzenden. Die Geschäftsordnung steht uns zur Seite.

Fischbeck verweist auf das Plenum und seine Geschäftsführung, besonders bei den Gewerbeordnungsberatungen.

Die Geschäftsordnungsdebatte hierüber wird nach längerer Zeit abgebrochen und in der Beratung des Antrags Fischbeck bezüglich der kommunalen Besteuerung von Lebensmitteln fortgesetzt.

Stadthagen: Gegenüber dem Abg. Heyl bemerke ich, daß in Mainz kein einziger meiner Genossen sich prinzipiell für die Bekämpfung des Getreides ausgesprochen hat. Kollege Gösel hat ja dargelegt, daß die indirekte kommunale Besteuerung der Landwirtschaft schade. Soweit ich die Ausführungen der Regierungsvertreter verstanden habe, ist uns mit keinem Worte gesagt worden, daß irgend eine gesetzliche Bestimmung uns hindere, dem Gesetze eine Bestimmung beizufügen, wie den vorliegenden Antrag. Redner begründet die Zulässigkeit aus der Verfassung und bekämpft den Antrag, erst 1810 den Kommunen die Besteuerung der Lebensmittel zu unterlagen. Es liegt kein sozialpolitischer Grund vor, gegen die indirekte kommunale Besteuerung schonend aufzutreten, wie die Regierungsvertreter. Ich betone, daß keine einzige Kommune sich dagegen kehrt, keine einzige Petition dagegen vorliegt.

Graf Posadowsky sucht an der Entstehung der in Frage stehenden Bestimmungen der Verfassung nachzuweisen, daß nach Artikel 40 eine Verfassungsänderung vorliegt, wenn die beantragte Bestimmung in das Gesetz gebracht würde. Artikel 35 ist eine Deklaration des Artikels 35, folgt also den Antrag nicht.

Gamp beantragt, 1906 solle die Bestimmung des Antrags in Kraft treten.

Württembergischer Bundesbevollmächtigter Schuetter bestreitet, daß der Antrag verfassungsmäßig zulässig sei, der in die Gemeindebesteuerung und Gemeindeverwaltung eingreift. Eine weitere direkte Besteuerung ist in manchen Gemeinden gar nicht mehr möglich.

Brömel erinnert an seinen Wunsch nach statistischem Material seitens der Regierung.

Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr.

**Die Aufsichtsratsmitglieder der Trebertrödnungs-Aktiengesellschaft auf der Anlagebau.**

H. F. Kassel, 11. Februar 1902.

Nächster Tag der Verhandlung.

Ein eisiger Wind und heftiges Schneegestöber jagt heute durch die Straßen der heftigen Weibung. Trotzdem drängt heute schon lange vor Beginn der Verhandlung ein zahlreiches Publikum nach dem Justizraum des Gerichtssaales, denn in der Stadt ist das Geruch verbreitet. Schmidt sei in vergangener Nacht von drei an die französische Grenze geflüchten heiligen Kriminalpolizeibeamten nach Kassel gebracht worden und seine Vernehmung werde noch heute erfolgen. Auf Antrag des Staatsanwalts beschließt der Gerichtshof, den Bankier Jakob Weg als Zeugen zu vernehmen. Es wird alsdann ein Brief des Angekl. Arnold Sump an seinen Bruder Hermann verlesen. In diesem heißt es: Ich bin neugierig, wie Schmidt die Freygränge auf das Bergmannsche Patent wiederlegen wird. Arnold Sump: Ich habe den Versicherungen Schmidts geglaubt, daß die Freygränge nur von der mißgünstigen Konjunktur ausgingen, deshalb habe ich auf die Wiederlegung keinen besonderen Wert gesetzt.

Es werden mehrere Gutachten betreffs des Vermögensgegenstandes und danach ein Brief Schmidts an Schulze-Dellwig gelesen. — In einem Beschlusse von Schmidt an Arnold Sumpff heißt es: An der Zulassung der Aktien an der Münchener Börse kann es nicht liegen, weil aber an der Verbindung mit der Bayerischen Bank, die die Aktien in München einführen will. Die Bayerische Bank ist eine große Finanzmacht, sie ist kartelliert mit der Nationalbank für Deutschland, der Bankfirma Jakob Landau u. Comp. in Berlin, der Dresdener Diskontobank zc. Diese Banken im Verein mit der Leipziger Bank zc. werden uns einen mächtigen Finanzrückhalt bieten. Die Aktien können nur mit 30 Prozent unter dem augenblicklichen Kurse an der Münchener Börse eingeführt werden. Wir können selbstverständlich von unseren Aktieninhabern nicht verlangen, einen solchen Kursverlust zu tragen. Wir werden daher mit 15 Prozent die Gesellschaft und mit 15 Prozent die Aufsichtsratsmitglieder und mich belasten. Arnold Sumpff bemerkt auf Befragen des Vorsitzenden: Er habe diesem Vorschlage Schmidts zugestimmt. Bankier Plaut bemerkt: Das in dem Briefe geschriebene Geschäft war gesetzlich vollständig unzulässig, eine Gesellschaft darf niemals mit ihren eigenen Aktien Geschäfte machen. Wir können es vor, als hätten die Aufsichtsratsmitglieder das Gesetz nicht gekannt.

Es wird alsdann ein Brief Schmidts gelesen. In diesem schlägt Schmidt vor, sich von der Berliner Finanz- und Handelszeitung Accepte und bares Geld gegen Verkauf von Tochteraktien zu verschaffen. Schmidt schreibt an Schulze-Dellwig: Die Transaktion muß geschahen, da die vielen Tochteraktien bei der Zulassungsstelle der Berliner Börse Anstoß erregen und die geplante Neuemission von 6 Millionen junger Aktien ablehnen könnte. Dies muß aber auf jeden Fall verhindert werden, denn einmal bedarf die Gesellschaft wieder flüssiger Mittel und andererseits ist es kaum noch zweifelhaft, daß, wenn die Neuemission abgelehnt werde, ein Kurssturz von 150 Prozent erfolgen wird. Weiter wurde in dem Vertrag ausbedungen, diese Tochteraktien sollten später nach dem Zustandekommen der Neuemission zum Betrag von 2 840 000 M. wieder zurückgenommen und dafür junge Aktien gegeben werden. Für den „nicht wahr-scheinlichen“ Fall, daß die Neuemission nicht zu Stande kam, übernahmen Schmidt und die fünf Aufsichtsräte, das sogen. „Konfortium“, die solidarisches Verpflichtung, innerhalb fünf Jahren die Summe von 6 000 000 M. an die Finanz- und Handelszeitung zu zahlen, und zwar in großen Raten von 1 000 000 M. Schulze-Dellwig bemerkt: Er habe das Geschäft eigentlich nicht richtig verstanden, habe aber den Versicherungen Schmidts Glauben geschenkt und das Geschäft für ein rechtliches und gutes gehalten. Es sei ihm im übrigen immer gesagt worden: Das Geschäft werde mit der Berliner Finanz- und Handelsbank gemacht. Seine über diese Bank eingeholte Auskunft sei eine sehr gute gewesen. Erst später habe er erfahren, daß es sich um die Berliner Finanz- und Handelszeitung handle. — Angeff. O t t o: Ihn sei das Geschäft heute noch nicht ganz klar. Er habe jedenfalls geglaubt, im Interesse der Trebergesellschaft zu handeln. Es sei dies eine Fusion der Muttergesellschaft mit den Tochtergesellschaften gewesen. Deshalb habe er den Vertrag mit unterzeichnet, im April und Oktober 1899 je 1 000 000 M. an Hugo Loebig zu zahlen, die Eriträge aus den Holzverkäufen des böhmischen Werkes demselben zu cedieren und die Tochteraktien gegen neue Aktien, die an der Berliner Börse zur Einführung kommen sollten, zurückzunehmen. Er habe dem Geschäft auch auf Grund des vorzüglichen Gutachtens des Rechtsanwalts Silbergleit zugestimmt. — Angeff. Arnold Sumpff bemerkt auf Befragen des Vorsitzenden: Er habe dem Geschäft zugestimmt, da die Gesellschaft ganz besonders ihrer vielen Tochteraktien, die an seiner Börse gehandelt wurden und seine Dividende gaben, aus rechtlichen Angriffen wurde. Er habe das Geschäft auch für ein günstiges gehalten, er müsse allerdings bekennen, daß ihm das Geschäft heute noch nicht ganz klar sei. — Angeff. Hermann Sumpff: Das Geschäft sei gemacht worden, um der Gesellschaft Geld zu beschaffen, da sie sonst durch die in der Bilanz zum Ausdruck gelangenden Gewinne, keine Dividende zahlen konnte. Die Erhöhung des Aktienkapitals nahmen wir vor, weil wir, aus Anlaß der steten Ervicoterung unseres Betriebes, größerer Mittel bedürften. Ich gebe zu, daß wir auch einen Teil dieses Geldes zur Dividendenzahlung verwendeten. Die Neuemission allein konnte uns aber nichts helfen. Wenn wir Geld haben wollten, dann mußten wir ein Konfortium haben, das uns das Geld für die neu-emittierten Aktien gab. Dies Konfortium bestand aus den belgischen Banken und der Berliner Finanz- und Handelszeitung.

Der Sachverständige Bankier Gustav Plaut begutachtet: Das Geschäft ist augenscheinlich gemacht worden, um eine hohe Dividende zahlen zu können und die Einführung der jungen Aktien an der Berliner Börse durchzuführen. Die Fusion konnte durch diese Transaktion nicht erleichtert, sondern im Gegenteil nur erschwert werden, denn die Fusion konnte am schnellsten dadurch vollzogen werden, daß die Gesellschaft so viel wie möglich Tochteraktien im Besitz hatte. Die Tochteraktien hätten höchstens bei dem Uebernahme-Konfortium hinterlegt werden dürfen. — Hermann Sumpff: Ich muß bemerken, daß die Tochteraktien der Berliner Finanz- und Handelszeitung mit der ausdrücklichen Bedingung verkauft wurden, dieselben nicht weiter zu verkaufen. Hieraus gelangt ein Brief Schulze-Dellwigs an Schmidt zur Verlesung. In diesem heißt es: Ich kann auf die Dividende unmöglich verzichten, woher sollte ich wohl sonst Zinsen und Steuern bezahlen. Ich sehe sehr schwarz in die Zukunft, wenn ich mir die eingegangenen hohen Verpflichtungen vergegenwärtige. Ich habe viele schlaflose Nächte. — Schulze-Dellwig bemerkt: Er sei zur Zeit sehr erregt gewesen, die vielen eingegangenen Verpflichtungen haben ihm schlaflose Nächte verursacht.

Auf Antrag des Vert. Justizrat Dr. v. Gordon wird ein Brief von Schulze-Dellwig an Schmidt gelesen, in dem ersterer schreibt: Er sei in Berlin mit dem Bankier Oscar Rothschild, Mitglied der Zulassungsstelle, zusammengetroffen. Dieser habe, als er ihm auf Befragen sagte, daß die Tochteraktien verkauft seien, bemerkt, dann wird ja die Bilanz diesmal ein anderes Aussehen bekommen. Rothschild hat sich sehr günstig über unsere Gesellschaft ausgesprochen, er meinte aber, es empfinde sich nicht, eine so hohe Dividende zu verteilen. Ich teile diese Meinung und halte 25 Prozent für hoch genug. Der Brief schließt mit der Bemerkung: „Ein Redakteur der Frankfurter Zeitung hat über die Trebergesellschaft an der Berliner Börse wiederum einmal dumme Redensarten gemacht.“ (Allgemeine Sicherheit.) Es tritt hierauf eine kurze Pause ein.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung befindet der Kontroller Walter Justizrat F r i e d r i c h; die Berliner Finanz- und Handelszeitung, die mit Hugo Loebig identisch ist, hat nicht die Trebergesellschaft, sondern die Aufsichtsratsmitglieder persönlich für die von diesen eingegangenen Verpflichtungen in Anspruch genommen. Wie der Feuilletonist ihm sagte, werden auch solche Ansprüche an die Kontroller der Trebergesellschaft nicht erhoben werden; die Berliner Finanz- und Handelszeitung habe große Beträge für die Trebergesellschaft an die Leipziger Bank bezahlt.

Eine sehr lange Erörterung beanlagt alsdann der mit der belgischen Tochtergesellschaft geminnten geschlossene Vertrag. Diese Tochtergesellschaft verlangte eine neue Holzverkaufsanlage. Diese wurde aber von der Trebergesellschaft nur unter der Bedingung bewilligt, wenn sie für 6 Millionen Mark Tochteraktien übernehme. Als Garantie für die für diese Aktien zu zahlenden Dividenden mußte die Trebergesellschaft 2 Millionen Mark bei der Leipziger Bank hinterlegen und sich verpflichten, die Aktien zu einem Agio wieder zurückzulassen. Da man der Ansicht, dieser Vertrag könnte bei der Zulassungsstelle der Berliner Börse einen schlechten Eindruck machen und die Neuemission

junger Aktien zum Scheitern bringen, so traten die Aufsichtsratsmitglieder und Schmidt in den Vertrag mit demnächst ein und gaben der Zulassungsstelle die Versicherung, die Tochteraktien seien ohne jede Nebenbedingung fest verkauft worden. Die Angelegten bemerkten: Sie glaubten diese Versicherung geben zu dürfen, da die Trebergesellschaft als solche keinerlei Verpflichtung mehr hatte. Hermann Sumpff bemerkt: Das Geschäft sei aus wirtschaftlichen Gründen kein schlechtes gewesen, da die ungarische, italienische und böhmische Tochtergesellschaft immerhin hohe Dividenden zahlten. Es wird schließlich beschlossene, zur weiteren Aufklärung der Angelegenheit nochmals Dr. Bartold als Zeugen zu laden und danach die Verhandlung auf Mittwoch verlagert. Dem Vernehmen nach wird Schmidt als Zeuge erscheinen.

### Sächsischer Landtag.

Dresden, 11. Februar.

41. Sitzung der Zweiten Kammer.

Beginn vormittags 10 Uhr.

Die Tribünen sind wieder ziemlich stark besetzt, doch nicht in dem Maße als gestern. In den Tischen der Reiterung bemerkt man nur den Geheimrat Meier mit zwei anderen Räten. Von den Ministern läßt sich keiner sehen, obwohl einige Kapitel aus dem Ministerium des Innern auf der Tagesordnung stehen. In den öffentlichen Verhandlungen wird der Konflikt mit seinem Worte erwähnt.

Auf der Tagesordnung stehen einige Kapitel aus dem Etat. Kapitel 84, Ordenskanzlei, wird nach einer kurzen Bemerkung des Berichterstatters mit 519 M. Einnahme und 40019 M. Ausgabe bewilligt, ebenso Kapitel 87, Gesetz- und Verordnungsblatt mit 5 M. Einnahme und 8700 M. Ausgabe. Ueber Kapitel 88, Obergerichtspräsident, berichtet Abg. Schüberr. Er beantragt nach einigen unwesentlichen Bemerkungen, die Einnahme mit 2020 und die Ausgabe mit 142870 M. zu bewilligen, was auch ohne jede Diskussion geschieht.

Darauf genehmigt die Kammer ohne jede Debatte Kapitel 46, Beurlaubung des Personals, nach der Vorlage mit 10000 M. Ausgabe; Kapitel 51, Hausinspektion der Medicinalgebäude mit 1720 M. Einnahme und 7220 M. Ausgabe; Kapitel 54, Postämtern mit 14910 M. Ausgabe, Kapitel 58a, Grenzregulierung mit einer Ausgabe von 10000 M. und Kapitel 50b Prüfungsanstalt für elektrotechnische Messgeräte mit 10000 M. Ausgabe. Berichterstatter von Abg. Behrens.

Für Reichstagswahlen (Kapitel 105) werden darauf 1800 M. bewilligt und für die Vertretung Sachsens im Bundesrat 42450 M. Dieses Kapitel rief sonst fast regelmäßig eine große Debatte hervor, die von den Sozialdemokraten angezettelt wurde. Heute verlor auch darüber kein Abgeordneter ein Wort, obwohl Anlaß genug dazu vorhanden gewesen wäre. Wir verweisen nur auf die Erklärungen des Ministers v. Meißel im Reichstage über die Arbeitslosigkeit, auf die Stellung der Regierung zum Postarat und sonstige Erklärungen, die von Vertretern der sächsischen Regierung im Reichstage abgegeben worden sind.

Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr, Tagesordnung: Petitionen. Heute erließ der Präsident seine Einladung zu einer geschlossenen Sitzung, aber man steht demutlich, daß eine solche abgehalten worden ist. Thatsächlich wurden die Tribünenbesucher aufgefordert, sich zu entfernen, die Türen geschlossen, während die Abgeordneten samt dem Präsidium aus ihren Plätzen verbarren. Man beschließt sich zweifellos wieder mit der Ministerkrise.

### Die Einrichtung einer Bürgerschule in Stötteritz.

Au Sonnabend den 8. Februar fand hier eine öffentliche Einwohnerversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Massenschulen und Einheitschule. 2. Die Einrichtung einer Bürgerschule in Stötteritz. 3. Diskussion hierzu. Zu Punkt 1 bemerkte einleitend der Referent, Redakteur J ä d i h -Leipzig: Die Frage der Massenschule und Einheitschule geht weit über die lokalen Schmerzen der hiesigen Schulorganisation hinaus. Der Ausdruck des Philosophen Leibniz: „Gebt mir die Schule und ich will ein anderes Menschengeschlecht schaffen“, sei der Ausdruck eines Vorurteils gewesen, das den Liberalismus Jahrhunderte lang beherrscht habe, daß man nämlich durch Aufklärung und eine Revolutionierung der Verhältnisse die ganze Gesellschaft kurieren könne. Die Arbeiterschaft von heute stehe nicht mehr auf diesem utopischen Standpunkt, daß durch eine radikale Reorganisation des Schulwesens, durch Einrichtung der Einheitschule die Welt geändert werden könne. Auch von den in Zeitalter des Humanismus unternommenen Reformen, die Bildung, die bisher den Kirchen und Klöstern gehörte, ins Volk zu tragen, sei nichts übrig geblieben als die Einrichtung der Gymnasien, der Gelehrtenschulen, denen die Berufsvorbereitung der Beamtenklasse obliege. Die humanistische Bildung sei Privilegium der herrschenden Klasse gewesen. Die Entwicklung von Handel, Industrie zc. habe eine weitere Sorte von Specialschulen geschaffen, die Realschulen. Unter diesen Massenschulen stehe die Volksschule, die nicht Berufsschule sei, sondern nur das unentbehrliche Maß von Allgemeinbildung lehre. Durch die heutigen Schulverhältnisse werden den Kindern der höheren Stände, ob befähigt oder nicht, für ihre spätere Laufbahn Vorrechte geschaffen, während die Kinder der Volksschulen in ihrem Fortkommen behindert würden und sie immer in der sozialen Sphäre ihrer Eltern bleiben müßten. Die ganze heutige Schulorganisation sei eine klassenstaatliche Einrichtung geworden. Die Einheitschule sei deshalb eine revolutionäre Forderung, wenn auch ihre revolutionäre Wirkung bedeutend überschätzt würde. Immerhin könne für die Gelehrten- und Realschulen noch die berufliche Vorbildung, der Unterschied des Lehrstoffes, angefügt werden. Alle diese Entschuldigungen aber fallen weg bei dem Unterschied von Bürgerschule und Volksschule. Hier sei einzig der gesellschaftliche Gegensatz, der Unterschied der Verhältnisse, maßgebend, der sich in einem höheren Schulgeld für die Bürgerschule ausdrücke. Der Unterricht sei in beiden Schulen völlig gleich. Dafür jorge schon das sächsische Volksschulgesetz, das beide Schulen unter dem Namen Volksschulen zusammenfasse. So werde durch die staatliche Schulordnung ein sozialer Gegensatz in die heranwachsende Jugend getragen, der nicht einmal den gesellschaftlichen Verhältnissen entspreche. Hier stöße man wieder einmal auf den heillosen Mangel an Gemeingefühl und sozialen Empfinden, der ein Erbfeind der Deutschen sei. Während bei anderen Völkern das Bestreben zu gemeinsamer Hebung des Volkes vorherrsche, bestehe bei uns in jedem Dorf, in jeder Vorstadt die Sucht, sich nach unten abzusondern. Wenn man sich aber vornehm abheben wolle, so solle man auch so vornehm sein, die Kosten nicht die Gesamtheit tragen zu lassen, sondern die Ausgaben für bessere Schulen, für bessere Erziehung auf die eigenen Schultern nehmen. Referent wies aus dem Budget der Stadt Leipzig nach, daß trotz des höheren Schulgeldes in den Bürgerschulen dieses doch nur einen winzigen Bruchteil des Aufwands für die Volksschule erzeuge und die Hauptlast auf den Schultern der Gesamtheit liege. Wenn aber mit dem heutigen System der Massenschule fortgefahren werde, wisse dieses unbenutzt und ungenutzt für eine soziale Forderung, deren Früchte nicht die Honoratioren von Stötteritz, sondern ganz andere Leute ernten werden.

Zum zweiten Punkt nimmt Genosse S ü t t n e r das Wort. Er führt aus, daß im August vorigen Jahres vom Hausbesitzerverein durch Herrn Lehrer Lehmann der Antrag an den hiesigen Gemeinderat ergangen sei, eine Bürgerschule hier zu errichten. In der Begründung des Antrags haben dessen Bestürmer ausgesprochen, daß durch die Einrichtung einer Bürgerschule besser gestellte Mieter herangezogen werden sollten. Weiter sei zugesehen worden, daß kein besserer Unterricht in der Volksschule erteilt werde. Ein großer Teil der Hausbesitzer habe überhaupt

kein Interesse an besseren Schulverhältnissen, ihnen sei nur darum zu thun, ihre Wohnungen so teuer wie möglich zu vermieten. Ihnen sei die Bürgerschule nur Mittel zum Zweck. Der Gemeinderat habe ohne genügende Fortkenntnis und Unterlagen die Angelegenheit nicht behandelt können und diese an den Schulvorstand verwiesen, der dann später mit Dampfkräften gearbeitet habe. Medner erwähnt noch das Schreiben des Schulvorstandes, in welchem die Eltern, die Kinder in den vier untersten Schulklassen haben, aufgefordert werden, ihre Kinder zum Besuche der Bürgerschule resp. zur Teilnahme am Bürgerschulunterricht anzumelden. Das Schulgeld betrage 18 M. Die heutige Verlammlung sei einberufen, sich einig zu werden, ob man sich die Reorganisation der hiesigen Schulverhältnisse ohne weiteres gefallen lassen wolle.

Herr Schuldirektor E i j n e r als nächster Medner erklärt, nur die Wünsche und Beschwerden wiedergeben zu wollen, die ihm vorgetragen worden seien. Wenn der Arbeiterverein, der sich in so lobenswerter Weise mit unseren Schulverhältnissen befaßt, gegen die Errichtung einer Bürgerschule protestieren wolle, so bitte er, auch alle Verhältnisse zu berücksichtigen. Früher habe eine einfache Volksschule genügen müssen, und manche tüchtige Mutter und Vater, manches brave Weib sei hinausgegangen ins Leben. In unserer heutigen mittleren Einheitschule würden die Lehrer vielfach gehemmt durch schwächere Kinder, die zu Hause ihre Hausarbeiten nicht machen könnten, die nicht einmal ein Plätschen zu Hause hätten, um ihre Schularbeiten anzufertigen. Die von vielen Kindern geführte schlechtere Sprache übertrüge sich auf die anderen Kinder und der Lehrer habe Mühe und Arbeit, dies Verhältnis wieder auszugleichen. Durch die Verringerung der Schülerzahl in der Bürgerschule lernten die Kinder mehr und hätten voraussichtlich bessere häusliche Hilfe und Aufsicht. Der Vorturf des Klassengegensatzes sei nicht stichhaltig. Es solle bloß ein Schulvorstand bestehen, dieselben Lehrer und dieselben Lehrmittel. Ueber für möglich viele Stellen solle gefogert werden. Da die jetzigen Lehrkräfte genügen, so träte eine Belastung der Gemeinde nicht ein.

Herr Lehrer L e h m a n n, Vorsitzender des Schulvorstandes, führt aus: Wenn wir zu Leipzig gehörten, könnten wir mit wenigen Ausnahmen dem Herrn Referenten beistimmen. Heute aber handele es sich um Stötteritz. Dieses, in seinen Interessen eng verbunden mit Leipzig, würde ich schädigen, wenn es sich in seiner Entwicklung nicht den Leipziger Verhältnissen anpassen wolle. Der Antrag der Herren Stadtvorordneten Länge und Bollender, die Leipziger Bezirks- und Bürgerschulen zu verschmelzen, sei an die Ausschüsse verwiesen und müsse fünf Zustanden durchlaufen. Die erste, die Direktorenkonferenz, habe ihn abgelehnt, und so werde es mit den vier anderen voraus-sichtlich auch werden. Wenn Stötteritz sich jetzt eine Bürgerschule schaffe, so würde es nur gewinnen, da bei event. Einverleibung nicht erst beim Rat um eine solche Schule petitioniert zu werden bräuchte. Die in Südbautschland, Berlin zc. bestehenden Einheitschulen haben sich wenig bewährt. Auf die örtlichen Verhältnisse näher eingehend, bemerkt Medner noch, daß erst heute, wo es zu spät sei, diese Frage behandelt werde. Bereits im August vorigen Jahres habe der Gemeinderat mit 13 gegen 3 Stimmen den Schulvorstand beauftragt, der Errichtung einer Bürgerschule näherzutreten. Die 8. Klasse würde bestimmt errichtet, die 7. sei nicht gesichert durch die Anzahl der Anmeldungen. Es würde Jahr für Jahr eine Klasse mehr errichtet, so daß mindestens fünf Jahre zum Ausbau der Bürgerschule gehörten. Der Schulvorstand habe sich in einer Zwangslage befunden. Er wolle und müsse dem von auswärts kommenden Zugzug bessere Schulverhältnisse schaffen.

Genosse R i c h t e r bemerkt, daß der Arbeiterverein nicht unterrichtet worden sei. Für diese Frage wäre auch die hier bestehende Kommission zur Hebung unseres Ortes kompetent gewesen.

Genosse J ä d i h ergreift nochmals das Wort und erwähnt die Notwendigkeit, zu prüfen, ob es verwaltungsrechtlich in Ordnung sei, daß der Schulvorstand selbständig in ihrer Wirkung so weitgehende Beschlüsse fassen könne. Er gebe anheim, diese Frage nachprüfen zu lassen. In den Ausführungen der Bestürmer der Bürgerschule finde er das Eingeständnis, daß das treibende Motiv das Bestreben sei, sich von den Kindern der Armen und Kerntzen abzusondern. Dadurch sinke die mittlere Volksschule herab zur Armenchule. Wie der Antrag Vollerder zeige, dürften die Verhältnisse Leipzigs für uns nicht maßgebend, vielmehr eine Warnung sein. Ein Bedürfnis nach einer Bürgerschule bestehe nur in den Kreisen mit Sonderinteressen.

Genosse W o l f führt aus: Die große Zufriedenheit unserer Schulverhältnisse mit den Erfolgen unserer Schule lasse die Gründung einer Bürgerschule unnötig erscheinen. Die Errichtung der Bürgerschule sei eine Konsequenz an die Hausbesitzer. Es seien aber nicht einmal alle Hausbesitzer damit einverstanden. Es gebe leider auch viele Arbeiter, die mit den oberen Schichten in sozialen Vorurteilen teilsieren.

Herr Lehrer V e r g n e r bemerkt berichtend, daß der Gemeinderat mit 12 gegen 4 Stimmen beschlossen habe, den Antrag dem Schulvorstand zu überweisen. Er verwahre sich dagegen, daß diese Angelegenheit mit Dampfkräften betrieben worden sei; der Schulvorstand habe nur seine Pflicht getan.

Genosse S ü t t n e r bringt noch einige Mindermeinungen und hebt besonders hervor, daß für die Bürgerschule von den Mednern keine pädagogische Notwendigkeit ins Feld geführt sei. Vielmehr seien Sonderinteressen maßgebend.

Genosse B e r n e r spricht aus, an vielen anderen Orten sei man, im Gegensatz zu hier, bestrebt, Einheitschulen zu schaffen. Der polizeilich verlangte Schluß der Versammlung hinderte den Redner an weiteren Ausführungen; wie auch eine Berichtigung des Herrn Lehrer Lehmann unterbleiben mußte. Nachstehende Resolution wurde hierauf mit übergroßer Majorität angenommen:

„Die heute am 8. Februar 1902 im Gasthaus Deutsches Haus in Stötteritz tagende öffentliche Einwohnerversammlung stellt sich voll und ganz auf den Boden des vom Referenten entwickelten Grundgedanken, daß ein Hineintragen der Massenunterschiede in die Schule abzulehnen sei. Die Versammlung erklärt ferner in der Errichtung einer Bürgerschule in Stötteritz eine starke Benachteiligung der ärmeren Bevölkerung gegenüber der reicheren, da die durch Gemeindeabgaben aufzubringenden Kosten vorwiegend von ärmeren getragen werden müssen. Die Versammlung beauftragt den Vorstand des Arbeitervereins für Stötteritz und Umgegend, in ihm geeigneter Weise bei den vorgesetzten Behörden gegen die Errichtung einer Bürgerschule event. gegen Einführung von Bürgerschulklaffen zu protestieren.“  
Hierauf wird die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

### Arbeiterinnen!

Nachstehende Personen sind bereit, Beschwerden über Fabrik- und Arbeitsverhältnisse entgegenzunehmen und sie, ohne die Namen der Beschwerdebeschwerdeten zu nennen, der Behörde zu übermitteln:  
Frau Dunder, Göhlis, Wilhelmstr. 2, III.  
• Frenzel, Lindenau, Gundorfer Str. 19, I.  
• Geibel, Leipzig, Hauptmannstr. 7, pt.  
• Jäger, Sonnenweg, Leipziger Str. 88, pt.  
• Müller, Reußschesfeld, Eisenbahnstr. 10, IV.  
• Remus, Schleußig, Könnigstr. 87, pt.  
• Wehmänn, Lindenau, Widmarstr. 40, pt.  
• Wibera, Reußig, Hauptstr. 20, II.

### Arbeiterinnen

Wünschen ihre Beschwerden über Fabrik- und Arbeitsverhältnisse an den  
Fräulein Marie Sedelmeyer  
amtl. Vertrauensperson f. die Fabrikarbeiterinnen der Reichshauptmannsch. Leipzig  
Leipzig, Qualstraße 1, I.  
Sprachstunden: Sonntags vormittags 11-12 Uhr, Abends 8-9 Uhr